Verstaatlichung der Welt?
Europäische Staatsmodelle und außereuropäische
Machtprozesse

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
47

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Verstaatlichung der Welt?

Europäische Staatsmodelle und außereuropäische
Machtprozesse

Herausgegeben von
Wolfgang Reinhard
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Lothar Gall
in Verbindung mit
Manfred Erhardt, Arnold Esch, Etienne François, Klaus Hildebrand, Hilmar Kopper,
Jochen Martin, Heinrich Nöth, Ursula Peters, Winfried Schulze und Michael Stolleis
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Herbert Kießling, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Wolfgang Reinhard (Freiburg) war – zusammen mit Professor Dr. Dr. Gerhard Besier (Heidelberg), Professor Dr. David J. Cohen (Berkeley, Cal.) und Dr. Lutz Klinkhammer (Köln) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1997/98. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Wolfgang Reinhard aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Die Ausbreitung des europäischen Staates über die Erde – eine Erfolgsgeschichte?“ vom 18. bis 21. März 1998 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Verstaatlichung der Welt? Europäische Staatsmodelle und außereuropäische Machtprozesse / hrsg. von Wolfgang Reinhard unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. – München: Oldenbourg, 1999

(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 47)
ISBN 3-486-56416-1

© 1999 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56416-1

Inhalt

<i>Wolfgang Reinhard</i> Einführung: Moderne Staatsbildung – eine ansteckende Krankheit?	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XV
Amerika	
<i>Jürgen Heideking</i> „Ableger“ Europas oder historischer Neubeginn? Britisch-Amerika und die USA	1
<i>Michael Riekenberg</i> Gewaltmarkt, Staat und Kreolisierung des Staates in der Provinz Buenos Aires, 1775–1850	19
<i>Hans Werner Tobler</i> Die Entwicklung des mexikanischen Staates im 19. und 20. Jahrhundert . . .	37
<i>Peter Waldmann</i> Nachahmung mit begrenztem Erfolg. Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika	53
Süd- und Ostasien	
<i>Dietmar Rothermund</i> Der Strukturwandel des britischen Kolonialstaats in Indien 1757–1947 . . .	69
<i>Gita Dharampal-Frick</i> Das unabhängige Indien: Visionen und Realitäten	87
<i>Wolfgang Schwentker</i> Staatliche Ordnungen und Staatstheorien im neuzeitlichen Japan	113
<i>Jürgen Osterhammel</i> China vor 1949: Widerständigkeit und selektive Übernahmen	133

Xuewu Gu

Neue politische Eliten und Staatsbildung in China nach Deng Xiaoping . . . 153

Islamische Welt

Gudrun Krämer

Moderner Staat, kolonialer Staat? Ägypten und der Fruchtbare Halbmond 165

Jamil M. Abun-Nasr

Der Staat im Maghrib und seine Entwicklung nach 1830 189

M. Reza Fariborz Hamzeh'ee

Das Modell Iran – zwischen säkularem Staat und Gottesstaat 207

Afrika südlich der Sahara

Trutz von Trotha

Über den Erfolg und die Brüchigkeit der Utopie staatlicher Herrschaft.
Herrschaftssoziologische Beobachtungen über den kolonialen und
nachkolonialen Staat in Westafrika 223

Albert Wirz

Körper, Kopf und Bauch. Zum Problem des kolonialen Staates im
subsaharischen Afrika 253

Christoph Marx

Zimbabwe: Von der Siedlerherrschaft zum Nationalstaat 273

Chris Tapscott

State Formation in Post-Apartheid South Africa 303

Zusammenfassung

Wolfgang Reinhard

Geschichte der Staatsgewalt und europäische Expansion 317

Harald Haury

Protokoll der Stellungnahmen zu Kolloquium und Abschlußvortrag 357

Personen- und Geographisches Register 367

Einführung: Moderne Staatsbildung – eine ansteckende Krankheit ?

Es gibt derzeit knapp 200 Staaten auf der Welt, die alle den Anspruch erheben, souveräne Staaten, Nationalstaaten und moderne Staaten im europäischen Sinn zu sein. Auf den ersten Blick ist es also Europa gelungen, seine spezifische politische Kultur flächendeckend in den Rest der Welt zu exportieren. Da Kolonialismus und Imperialismus dabei eine ausschlaggebende Schrittmacherrolle gespielt haben, könnte man diesen Sachverhalt als Erfolg oder sogar als positives Ergebnis von Kolonialismus und Imperialismus bewerten. Anscheinend lebt es sich besser im modernen Staat à l'euro péenne, denn sonst hätten sich die anderen doch nicht auf Dauer für ihn entschieden.

Auf den zweiten Blick stellt sich freilich heraus, daß zwei Drittel bis drei Viertel dieser außereuropäischen Staaten nach europäischen Maßstäben erhebliche Defizite an moderner Staatlichkeit aufzuweisen haben und gar nicht so gut mit dieser leben. Es fehlt an Demokratie und Beachtung der Menschenrechte. Die Staatsklassen sind so korrupt, daß der Staat kaum mehr Leistungen für das Gemeinwohl erbringt. Im Extremfall wird sogar von „Staatszerfall“ gesprochen. Solche Maßstäbe anzulegen, mag zwar als typisch westliche Arroganz erscheinen, ist aber deswegen berechtigt, weil die Betroffenen selbst in der Regel durchaus Wert darauf legen, diesen Maßstäben gerecht zu werden. Für einen Historiker, der sich einerseits anderthalb Jahrzehnte intensiv mit der Geschichte der europäischen Expansion befaßt hat, andererseits versucht, eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Staatsgewalt in Europa zu schreiben, ergeben sich aus diesem kritischen Befund an der Schnittstelle seiner Arbeitsgebiete zahlreiche Fragen, zu deren Beantwortung dieses Kolloquium dienen soll:

- Wie verhält es sich wirklich mit den im Westen so genannten „Defiziten“ an Staatlichkeit?
- Warum gibt es Fälle ohne diese Defizite wie z.B. die USA?
- Sind die Defizite auf Fehler der „Exporteure“ beim mehr oder weniger kolonialistischen „Export“ des Artikels „Staat“ zurückzuführen?
- Oder auf Fehler der „Importeure“ beim „Import“?
- Oder sind sie in grundsätzlicher Inkompatibilität westlicher politischer Kultur mit nichtwestlicher begründet?
- Ist Staatsbildung westlichen Musters daher eine Art von ansteckender Krankheit, von der man die Befallenen möglichst schnell kurieren sollte?

- Oder ist die Heilung von der Zeit zu erwarten, die wie viele Wunden so auch die von den Exporteuren und Importeuren des Staates geschlagenen heilen wird?
- Oder haben die Betroffenen sich stillschweigend selbst kuriert, indem sie der westlichen virtuellen Medienwelt zwar weismachen, auch sie hätten Staaten, wie man sie dort anscheinend haben muß, während sie in Wirklichkeit in aller Stille aus autochthonem und westlichem Material etwas Drittes, Neues gemacht haben?

Um diese Fragen in einer Weise zu beantworten, die Vergleiche und damit allgemeine Schlußfolgerungen gestattet, müssen sie genauer operationalisiert werden, und man muß sich zunächst einmal darüber verständigen, was mit dem modernen europäischen Staat eigentlich gemeint sein soll. Damit soll nicht der Erblast des Idealismus, der unersättlichen deutschen Lust an Begriffsgeschichte, gefrönt, sondern nur ein vorläufiger heuristischer Apparat zur Verfügung gestellt werden, der sich durchaus als offen für Revision versteht, auch wenn sein Urheber ihn zunächst einmal für ziemlich überzeugend hält. Nur ein solcher Apparat erlaubt Vergleiche in generalisierender Absicht, während ohne ihn nur kontrastiv-differenzierende Vergleiche möglich sind. Daran besteht unter Historikern aber kein Bedarf, weil sie a priori wissen, daß sowieso alles überall immer anders ist. Hier soll es hingegen darauf ankommen, daß zwar das Allgemeine nie allgemein, sondern immer nur als Besonderes vorkommt, man aber deswegen nicht die Fähigkeit verkümmern lassen darf, das Allgemeine im Besonderen zu erkennen. Jedenfalls ist dies das methodische Ziel meiner derzeitigen Arbeit.

a) Der europäische Staat – eine Arbeitsdefinition

Um mit scharfen Kategorien arbeiten zu können, soll als *Staat* für uns nicht jedes einigermaßen organisierte menschliche Gemeinwesen im Sinne der bereits von Aristoteles postulierten „anthropologischen Notwendigkeit des Staates“ (*Ulrich Scheuner*) gelten, sondern der moderne europäische Staat, der in Europa erst im „langen“ 19. Jahrhundert seine volle Ausbildung erreicht hat und allem Anschein nach in dieser Gestalt freiwillig oder unfreiwillig, erfolgreich oder erfolglos vom Rest der Welt übernommen wurde.

Nach *Georg Jellinek* besitzt dieser moderne europäische Staat drei oder vier notwendige Merkmale, die ihn zusammengenommen von anderen unterscheiden:

1. ein *Staatsgebiet* als ausschließlichen Herrschaftsbereich,
2. ein *Staatsvolk* als seßhaften Personenverband mit dauernder Mitgliedschaft (Nomaden z.B. könnten dann per definitionem keinen modernen Staat haben),
3. eine *souveräne Staatsgewalt*, wobei
 - a) *Souveränität nach innen* das Monopol der legitimen Anwendung physischer Gewalt bedeuten soll,

b) *Souveränität nach außen* die rechtliche (aber nicht unbedingt auch faktische) Unabhängigkeit von anderen Instanzen.

Es mag Anstoß erregen, daß Rechtsstaatsprinzip, Menschenrechte und Demokratie (noch) nicht auftauchen, wir müssen aber ehrlicherwise zugestehen, daß sie in der europäischen Staatengeschichte keineswegs so allgemein Geltung gehabt haben, daß wir sie zur generellen Definition des modernen europäischen Staates heranziehen dürften. Vielleicht macht uns diese Einsicht etwas weniger „anspruchsvoll“ hinsichtlich der „Defizite“ bei Staaten außerhalb Europas! Es sollte uns als Wissenschaftlern ohnehin um das Vorhandene und nicht – zumindest nicht sofort – um das Wünschenswerte gehen.

Nichtsdestoweniger ist historisch-phänomenologisch eine weitere inhaltliche Ausfüllung dieses formalen Rahmens möglich und für unsere vergleichenden Zwecke auch nötig. So ist etwa eine gemeinsame Eigenschaft der drei Grundmerkmale nach *Jellinek* ihre grundsätzliche *Einheitlichkeit* (fast ist man versucht, von Quantifizierbarkeit zu sprechen), die man mit manchen Vertretern der Postmoderne durchaus als allgemeines Wesensmerkmal von Modernität ansprechen könnte. Jedenfalls verdient dieser Gesichtspunkt weitere Entfaltung:

1. Das *Staatsgebiet* hat

1.1. überall denselben Status, besteht aus *rechtlich gleichförmigen* Teilen und ist insofern homogen. Es gibt grundsätzlich keine privilegierten Orte oder Gebiete.

1.2. Dazu gehört eine eindeutige, *lineare Grenze* und

1.3. eine möglichst weitgehende *räumliche Geschlossenheit*; Enklaven und Exklaven sind anachronistisch.

1.4. Außerdem gibt es eine Tendenz zur wirtschaftlich lebensfähigen *Mindestgröße eines Staates*, die sich vermutlich aus Autarkievorstellungen herleitet. Gebilde wie Liechtenstein oder der Vatikan werden infolgedessen politisch nicht ernst genommen und nur aus anderen Gründen wegen ihrer Nützlichkeit akzeptiert.

2. Das *Staatsvolk* ist ebenfalls grundsätzlich einheitlich,

2.1. zunächst in seinen Rechten – oder auch in deren Fehlen, denn *Rechtsgleichheit* kann auch auf gleiche Rechtlosigkeit hinauslaufen.

2.2. Das hängt damit zusammen, daß die politische Grundeinheit, aus der sich moderne Staaten zusammensetzen, der einzelne Untertan als *Individuum* ist und nicht wie früher die Familie oder die Korporation oder der Herrschaftsbereich eines Feudalherrn usf. Auch die Grundrechte sind im westlichen Verständnis Individualrechte!

2.3. Die Einheitlichkeit des Staatsvolks kann, muß aber nicht ihren Niederschlag im Bewußtsein der Menschen finden, einer gemeinsamen *Nation* anzugehören. Moderne Staaten innerhalb und außerhalb Europas sind per definitionem Nationalstaaten oder behaupten das jedenfalls, denn Staat und Nation brauchen keineswegs deckungsgleich zu sein.

2.4. Als weiteres Modernitätsmerkmal gilt in der Regel die *Partizipation* des Staatsvolkes an der Ausübung der Staatsgewalt, auch wenn sie in der engeren Formaldefinition nach *Jellinek* ebenfalls nicht enthalten ist. Sie braucht nicht unbe-

dingt in demokratischer Weise stattzufinden, denn ebenso weit verbreitet dürfte die undemokratische, „totalitäre“ Massenmobilisierung sein, die ja lange genug auch in Europa zum Repertoire des modernen Staates gehörte.

3. Die Staatsgewalt ist

3.1. ebenfalls trotz Gliederung in verschiedene Organe *nur eine*, denn der moderne Staat kennt keine autonome Herrschaft eigenen Rechts von Adeligen, Häuptlingen, Priestern oder Gemeinden. Auch die Gemeinde lebt heute trotz formaler Selbstverwaltung letztlich von Staates Gnaden. Insofern ist, historisch gesehen, die Schweiz kein völlig moderner Staat und Großbritannien erst in jüngerer Zeit dazu geworden.

3.2. Die Staatsgewalt beruht nicht mehr auf transzendenter *Legitimation* von außerhalb, denn der moderne Staat ist *säkular*. Ihre Legitimation beruht vielmehr auf *Konsens*, der durch demokratische Verfahren hergestellt werden kann, aber nicht muß, denn er läßt sich auch fiktiv konstruieren.

3.3. Diese eigentümliche Selbstlegitimation gestattet es der Staatsgewalt, *selbst über ihre Kompetenz zu entscheiden*, das heißt

3.3.1. die *Grenzen der Staatsgewalt*, das Rechtsstaatsprinzip und vor allem die Grund- und Menschenrechte, sind also nur selbstgesetzte, die unter entsprechenden Umständen durchaus zur Disposition stehen und auch in Europa oft genug zur Disposition standen.

3.3.2. Aus diesem Grund ist *legitimer Widerstand* im Rahmen des bestehenden staatlichen Systems grundsätzlich unmöglich, mag er auch von einer Verfassung noch so vollmundig garantiert sein.

3.3.3. Daraus ergibt sich weiter die wohlbekannte und die Modernität des europäischen Staates mehr als alles andere kennzeichnende *Ausweitung der Zuständigkeit der Staatsgewalt* zum „Totalstaat“, der manchmal vom totalitären Staat nicht mehr weit entfernt ist, sowie

3.3.4. die dem entsprechende *Ausdehnung der Staatsquote* an den Ressourcen des Landes.

3.4. Die Staatsgewalt wird im modernen Staat *gleichförmig* ausgeübt, das heißt

3.4.1. *rechtlich reguliert*, was im allgemeinen auch schriftlich reguliert bedeutet,

3.4.2. von berufsmäßigen, dazu besonders qualifizierten und als System organisierten Staatsdienern, der *Bürokratie*, die ihren eigenen, keineswegs nur rechtlichen Verfahrensregeln folgt.

3.5. Schließlich erfolgt auch die Ausübung des *Gewaltmonopols* nach innen wie nach außen mit *regulierter und organisierter Gleichförmigkeit*, das heißt

3.5.1. die Untertanen werden gleichmäßig *entwaffnet*. Die USA wären dann, historisch gesehen, kein völlig moderner Staat und Großbritannien eben erst im Begriff, einer zu werden.

3.5.2. Das Gewaltmonopol im Innern liegt bei einer professionellen, organisierten und in ihrem Vorgehen rechtlich regulierten *Polizei*,

3.5.3. das Gewaltmonopol nach außen bei einem zumindest teilprofessionalisierten und ebenfalls hochorganisierten *Militär*.

Die Anwendung dieser an der europäischen Geschichte und Gegenwart ge-

wonnenen Kategorien auf außereuropäische Fälle bedarf freilich der Umsetzung in eine stärker spezifizierte Fragestellung.

b) Die Ausbreitung des europäischen Staates über die Erde – ein Frageraster

Erhebliche Unterschiede auf Seiten der „Exporteure“ wie der „Importeure“ des modernen Staates führen automatisch dazu, daß unser Fragenkatalog trotz seiner Knappheit zwar hoffentlich alle wesentlichen Aspekte als Möglichkeiten erfaßt, aber selbstverständlich nicht in jedem Fall vollständig angewandt werden kann. Vor allem zwei mögliche Modifikationen sind bei seiner Anwendung unbedingt im Auge zu behalten.

Das ist erstens die Tatsache, daß wir es ja nicht nur mit Kolonien im engeren Sinn, sondern auch mit Protektoraten zu tun haben – was m.E. trotz der kolonialen Praxis der „indirect rule“ keinen großen Unterschied macht –, vor allem aber mit wenigstens formell unabhängigen Ländern in Süd- und Ostasien sowie in der islamischen Welt, die sich unter äußerem und innerem Druck dennoch zur Übernahme europäischer Staatlichkeit bereit fanden. Obwohl man dabei in manchen Fällen zumindest für einige Zeit durchaus zu Recht von „Halbkolonien“ sprechen kann, lassen sich dennoch manche Fragen unseres Rasters überhaupt nicht oder nur entsprechend modifiziert auf sie anwenden. So orientierte sich zwar die japanische Reformelite selbstverständlich am machträchtigen europäischen Staatsmodell, aber eben nicht notgedrungen an demjenigen einer bestimmten Kolonialmacht. Statt dessen prüfte sie das „Angebot“ der möglichen „Importeure“ und entschied sich dann selbständig für das aus ihrer Sicht am besten geeignete, nämlich das preußische.

Zweitens spielt offensichtlich der Zeitfaktor eine zentrale Rolle. Es macht einfach einen Unterschied, ob eine Kolonie beim Zeitpunkt der Unabhängigkeit einen jahrhunderte- oder wenigstens jahrzehntelangen Lernprozeß in der politischen Kultur der Metropole hinter sich hat wie Britisch-Amerika oder bis zu einem gewissen Grad auch Britisch-Indien, oder ob sie nahezu unvorbereitet mit unerwarteter Plötzlichkeit in die Unabhängigkeit entlassen wird wie der belgische Kongo. Das ist einer der Gründe, weshalb die Beiträge des Kolloquiums einigermaßen nach dem Datum der Unabhängigkeit der Länder bzw. ihrer folgenreichen Begegnung mit dem europäischen Staat angeordnet sind. Ein weiterer besteht in dem Versuch, auf diese Weise der Tatsache gerecht zu werden, daß sich auch der europäische Staat selbst während seines jahrhundertelangen Einflusses auf außereuropäische politische Kulturen weiterentwickelt hat, ja eigentlich selbst erst zur Reife gelangt ist. So ist der britische Staat von 1947 sicherlich nicht mehr mit demjenigen von 1776 identisch gewesen.

Mit solchen notwendigen Modifikationen sollten die folgenden Kategorien unserem Erkenntnisinteresse wenigstens einigermaßen gerecht werden:

1. Das Staatsmodell der Kolonialmacht, vorwiegend in der Metropole,
 - sein Charakter, gemessen an der juristischen Formaldefinition nach *Jellinek*,
 - seine konkrete institutionelle Gestalt,
 - seine politische Kultur und seine politischen Eliten,
 - das spezifische Nationalbewußtsein der Metropole,
 - Wandel des Staatsmodells im Lauf der Zeit und dessen Rückwirkungen auf die Kolonien.
2. Das koloniale Herrschaftssystem der Kolonialmacht,
 - seine konkrete institutionelle und soziale Gestalt,
 - deren Zusammenhang oder Nicht-Zusammenhang mit dem metropolitanen Staatsmodell,
 - Einbeziehung oder Nichteinbeziehung der Kolonie in den Nationbegriff der Metropole,
 - die politischen Eliten der Kolonie und ihr Verhältnis zu denjenigen der Metropole einerseits, den vorkolonialen des betreffenden Gebiets andererseits,
 - die spezifisch koloniale politische Kultur,
 - Wandel des kolonialen Herrschaftssystems im Lauf der Zeit, dessen Ursachen im Mutterland, in der Kolonie, in der Weltpolitik sowie die Auswirkungen auf die Kolonie.
3. Die vorkoloniale politische Kultur und Struktur des Landes,
 - ihre konkrete institutionelle und soziale Gestalt,
 - ihr Niederschlag in vormodernem Nationalgefühl für das ganze Land oder Teile,
 - ihre möglicherweise von der Kolonialherrschaft abgeschnittenen Entwicklungstrends,
 - ihr Überleben unter und ihr Beitrag zu dem Herrschaftssystem der Kolonialmacht,
 - die vorkolonialen politischen Eliten und ihre Rolle unter der Kolonialherrschaft.
4. Dekolonisation, Staats- und Nationbildung,
 - nachkoloniale Staatsbildung als Weg zur Nationbildung oder bereits vorhandenes Nationalbewußtsein als Voraussetzung der Staatsbildung,
 - verfassungspolitische Zielvorstellungen der antikolonialen Bewegungen, ihre Ursprünge und ihre Anpassung an die Situation,
 - verfassungspolitische Zielvorstellungen der Kolonialmacht (wenn es welche gab),
 - Föderationsmodelle in der Vorstellung der Kolonialmacht und der antikolonialen Bewegung,
 - Zustandekommen und konkrete institutionelle Gestalt des neuen Staates,
 - die politischen Eliten der Dekolonisation,
 - die politische Kultur, die sich in der Dekolonisation manifestiert.
5. Entwicklung des nachkolonialen Gemeinwesens,
 - Erfolg oder Mißerfolg nationaler Integration,
 - Kontinuität oder Wandel des bei der Dekolonisation geschaffenen Staates,

- tatsächlicher oder fiktiver Rückgriff auf vorkoloniale Elemente,
 - mit den westlichen Staaten gemeinsame innovative Momente (Globalisierung, Parastaatlichkeit) und deren mit jenen gemeinsame oder von ihnen verschiedene Verarbeitung,
 - Entwicklung neuer politischer Eliten, neuer politischer Kultur, neuer politischer Gesellschaft (das Problem der Zivilgesellschaft).
 - Gründe für „Erfolge“ oder „Mißerfolge“ des nachkolonialen Gemeinwesens und seines westlichen Modells sowie mögliche Zusammenhänge zwischen beidem,
 - Erfolge, Krisen und Scheitern von Föderationen.
6. Bilanz,
- Verhältnis von vorkolonialem Erbe, kolonialem Einfluß und nachkolonialer Entwicklung,
 - Verhältnis von Langzeitwirkung (USA, Lateinamerika), begrenzter Langzeitwirkung (Britisch Indien), Kurzzeitwirkung (deutsche Kolonien).

c) Die Beiträge des Kolloquiums – viele Antworten

Erwartungsgemäß erwies sich die Vorabversendung von Arbeitsdefinition und Frageraster nicht nur als hilfreich, um Probleme zu formulieren und eine vergleichende Diskussion zu ermöglichen, sondern auch als nützliche Provokation, um mehr oder weniger heftigen Widerspruch auszulösen. Die Definition des modernen Staates durch deutsche Juristen erschien allzu starr und statisch, um der Dynamik von Machtprozessen gerecht zu werden. Dabei wurde von den Soziologen die ausschlaggebende Bedeutung der Akteure im jeweiligen Einzelfall in einer Weise betont, die dem um Vergleichbarkeit und Systematik bemühten Historiker bisweilen das Gefühl einer verkehrten Welt vermittelte, wurde er doch seinerzeit im Zeichen des umgekehrten Verhältnisses von Geschichte und Soziologie wissenschaftlich sozialisiert. Die Beiträge wissen durchaus von Erfolgsgeschichte zu berichten, aber oft von Erfolgen, die ausdrücklich darauf beruhen, daß der Staat gerade nicht in seiner modernen europäischen Form übernommen wurde. Auf der anderen Seite erweisen sich angebliche Mißerfolge, von besonders krassem „Staatsversagen“ einmal abgesehen, häufig als Wege zur alternativen Ausbildung funktionierender intermediärer oder parastaatlicher Formen politischer Organisation. Da diese Entwicklung mit ähnlichen Tendenzen in Europa zu konvergieren scheint, wurde schließlich die trotz ihrer Scherzhaftigkeit bedenkenswerte Feststellung getroffen, der moderne Staat sei eigentlich nur noch ein Thema der Historiker, denn er gehöre weitgehend bereits der Vergangenheit an. Man sieht, das Kolloquium erwies sich auch als erfolgreiches interdisziplinäres Experiment, obwohl oder gerade weil die Einladungen nach der Kompetenz für die Geschichte bestimmter Erdräume ohne Rücksicht auf die Fachzugehörigkeit ausgesprochen wurden.

Bei diesem Diskussionsstand lassen sich die einzelnen Beiträge nicht von vorne herein zu einem geschlossenen Gesamtbild harmonisieren. Der vorliegende Band spiegelt statt dessen die Offenheit des Kolloquiums bis zum Schluß, wo einerseits der Einladende den Versuch einer Synthese aus der Perspektive einer Gesamtgeschichte der europäischen Expansion unternimmt, andererseits die Teilnehmer ihre jeweilige Sicht der Dinge noch einmal zusammenfassen.

Der Versuch, meine beiden Arbeitsgebiete Geschichte der Staatsgewalt und Geschichte der europäischen Expansion mit der Hilfe ausgewiesener Expertinnen und Experten zusammenzuführen, wurde mir im Rahmen meines einjährigen Forschungsstipendiums 1997/98 ermöglicht durch die von der Deutschen Bank getragene Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Ich danke den Vertretern dieser Institutionen sowie Elisabeth Müller-Luckner mit ihren Helferinnen und Helfern, die die Munifizienz der Stifter in perfekte Organisation, liebenswürdige Gastfreundschaft und effiziente Herausgeberarbeit umgemünzt haben, ganz besonders Karsten Jedlitschka für die Vereinheitlichung des Manuskripts. Dank gebührt aber vor allem den Kolleginnen und Kollegen, auf deren Beiträgen das Kolloquium beruht. Dankenswerterweise haben Sonia Abun-Nasr und Ullrich Lohrmann es durch ihre Übersetzungstätigkeit möglich gemacht, daß Chris Tapscott aus Südafrika auch ohne Deutschkenntnisse aktiv an unseren Diskussionen teilnehmen konnte. Harald Haury gebührt Dank für sein unermüdliches und erfolgreiches Protokollieren.

München, im Juli 1998

Wolfgang Reinhard

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Jamil M. Abun-Nasr, Bayreuth
Sonia Abun-Nasr, Freiburg
Prof. Dr. Walter Demel, Neubiberg
Priv.-Doz. Dr. Gita Dharampal-Frick, Augsburg
Prof. Dr. Martin Geyer, München
Priv.-Doz. Dr. Xuewu Gu, Freiburg
Dr. M. Reza Fariborz Hamzeh'ee, Augsburg
Harald Haury, Freiburg
Prof. Dr. Jürgen Heideking, Köln
Dr. Lutz Klinkhammer (Stipendiat des Historischen Kollegs 1997/98)
Prof. Dr. Gudrun Krämer, Berlin
Ulrich Lohrmann, Freiburg
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, Historisches Kolleg München
Priv.-Doz. Dr. Christoph Marx, Freiburg
Prof. Dr. Jürgen Osterhammel, Genf
Prof. Dr. Wolfgang Reinhard (Stipendiat des Historischen Kollegs 1997/98)
Prof. Dr. Michael Riekenberg, Leipzig
Prof. Dr. Dietmar Rothermund, Heidelberg
Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Schwentker, Hagen
Prof. Dr. Chris Tapscott, Belville/Südafrika
Prof. Dr. Hans-Werner Tobler, Zürich
Prof. Dr. Trutz von Trotha, Siegen
Prof. Dr. Peter Waldmann, Augsburg
Prof. Dr. Wolfgang Weber, Augsburg
Prof. Dr. Albert Wirz, Berlin

Jürgen Heideking

„Ableger“ Europas oder historischer Neubeginn? Britisch-Amerika und die USA

Einleitung

Dieser Beitrag knüpft an eine Kernfrage an, die amerikanische Historiker schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt: Pflanzten die Kolonisten den „Keim“ des europäischen Staates in den nordamerikanischen Boden, wo er sich entsprechend den geographischen, klimatischen und demographischen Bedingungen entfaltete, oder entstand in Amerika durch den „Zusammenprall von Zivilisation und Wildnis“ an der *Frontier*, wie Frederick Jackson Turner 1893 behauptete, etwas völlig Neues, Einzigartiges¹? Letztere These vom *American exceptionalism* hat der Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset vor kurzem noch einmal emphatisch bekräftigt, aber die kritischen Einwände von Historikern ließen nicht lange auf sich warten².

Das Thema der „Übertragung“ des europäischen Staates in die „Neue Welt“ erweist sich bei genauerem Hinsehen als recht komplex, denn es besteht keineswegs Einvernehmen darüber, welches Staatsmodell denn eigentlich übertragen worden ist und wie es sich in Britisch-Amerika und den USA entwickelt hat. Im folgenden soll dieser Transfer-Prozeß unter dem Gesichtspunkt beleuchtet werden, welche Modifikationen das englische Staatsmodell in Amerika erfuhr, und inwiefern die amerikanische Lösung als „modern“ bezeichnet werden kann.

Die Kolonialzeit gehört zu den Epochen der amerikanischen Geschichte, die in den beiden letzten Jahrzehnten am gründlichsten revidiert und umgeschrieben worden sind. Die Historiker haben den europazentrischen Blickwinkel durch einen indianischen und afrikanischen ergänzt, zuweilen sogar ersetzt. Bis vor kurzem überwog in den Darstellungen noch das heroische Bild der Siedler, die sich gegen mannigfaltige Gefahren und Schwierigkeiten behaupteten und Zivilisation

¹ Mit seinem berühmten Vortrag „The Significance of the Frontier in American History“, den Turner 1893 auf der Tagung der *American Historical Association* in Chicago hielt, wandte er sich gegen die an den Ostküsten-Universitäten vorherrschende *germ theory*, die von einer Übertragung europäischer Institutionen auf Amerika ausging.

² *Seymour Martin Lipset, American Exceptionalism: A Double-Edged Sword* (New York 1996); siehe dazu den Review Essay in: *AHR* 102 (1997) 748–774.

und Fortschritt in die „Neue Welt“ trugen. Heute nennt John M. Murrin in einem von der *American Historical Association* herausgegebenen Sammelband die englischen Kolonien „Nutznießer einer Katastrophe“ (*Beneficiaries of Catastrophe*), der 40 bis 60 Millionen Menschen zum Opfer gefallen seien: „Nobody can now make a compelling case that the settlement of the Americas was a net benefit to mankind until sometime in the 19th century“ (S. 5). Der sog. „Entdeckung“ Amerikas sei vielmehr eine „tragedy of huge proportions“ gefolgt, und lange Zeit habe die Zahl der „Verlierer“, also v.a. Indianer und afrikanische Sklaven, diejenige der „Gewinner“ bei weitem übertroffen³. Das Problem der moralischen Verantwortlichkeit soll aber nicht im Mittelpunkt dieser Ausführungen stehen. Vielmehr geht es um den Nachweis, daß die USA nicht zuletzt in Opposition zu dem entstanden sind, was im 18. Jahrhundert in Europa als „modern“ galt, und daß sie einige „vor-moderne“ Züge der Staatlichkeit lange Zeit, z.T. bis in die Gegenwart, beibehalten haben. Paradoxerweise sind es aber gerade diese Abweichungen vom zeitgenössischen europäischen Modell, die aus heutiger Sicht die „Modernität“ der USA und ihre Attraktivität für den Rest der Welt ausmachen.

1. Das britische Staatsmodell und seine Rückwirkungen auf die Kolonien

Ähnlich wie die amerikanische Kolonialgeschichtsschreibung verzeichnet die englische Historiographie des 17. und 18. Jahrhunderts in jüngerer Zeit einen tiefgreifenden Wandel. In seiner 1982 erschienenen „Oxford History of the American Revolution“ beschrieb Robert Middlekauff das englische „Mutterland“ noch als eine im wesentlichen traditionelle Gesellschaft mit statischer politischer Ordnung. Seither liegt der Akzent dagegen auf raschem Wandel, der spätestens mit der *Glorious Revolution* Ende des 17. Jahrhunderts einsetzte und der England binnen weniger Jahrzehnte auf spektakuläre Weise transformierte⁴. Zwar konnte die landbesitzende Oligarchie die politische Kontrolle behalten, aber ansonsten herrschten angeblich überall Dynamik, Wachstum und Modernität. T. H. Breen faßt in einem Aufsatz aus dem letzten Jahr die wesentlichen Elemente und Ergebnisse dieses Wandlungsprozesses zusammen: (1) die Entwicklung und Reife eines, wie er schreibt, „impressive fiscal-military state“, der mit seinem Steuer-, Bank- und Kreditwesen, seinem Rechtssystem, seinen See- und Landstreitkräften und seiner komplexen Bürokratie alle europäischen Rivalen in den Schatten stellte; (2) die Zentralisierung des politischen Entscheidungsprozesses im Westminster-Parlament, das unangefochtene verfassungsmäßige Souveränität erlangte; (3) das

³ John M. Murrin, *Beneficiaries of Catastrophe: The English Colonies in America*, in: Eric Foner (Hrsg.), *The New American History* (Philadelphia 21997) 3–30, v.a. 5; siehe auch Ian K. Steele, *Exploding Colonial American History: Amerindian, Atlantic, and Global Perspectives*, in: *Reviews in American History* 26 (1998) 70–95.

⁴ Vgl. Paul Langford, *A Polite and Commercial People: England, 1727–1783* (Oxford 1989).

Wachstum von Handel, Gewerbe und Manufakturwesen, angespornt, aber keineswegs allein verursacht durch die Profite im Kolonialhandel; (4) der Aufstieg einer selbstbewußten, leistungsfähigen und konsumfreudigen Mittelschicht, die sich zunehmend auch politisch artikulierte; und (5) die Äußerungen eines wachsenden Gefühls von Patriotismus, nationalem Bewußtsein und „britischer“ Identität⁵.

Im 18. Jahrhundert war demnach in England vieles im Fluß, und moderne staatliche Strukturen sowie ein modernes Staatsverständnis nahmen Gestalt an. Dieses neue Modell einer parlamentarischen Monarchie (*King in Parliament*) stand in wesentlichen Punkten im Widerspruch zu den allgemein herrschenden Vorstellungen von der „English Constitution“ mit ihrem „mixed and balanced government“, d. h. einem freiheitssichernden Regierungs- und Gesellschaftssystem, in dem monarchische, aristokratische und demokratische Elemente zusammenwirkten und sich die Waage hielten.

Der innere Wandel wirkte sich in doppelter Hinsicht auf das Verhältnis zu den Kolonien aus. Zum einen nahm die Tendenz zu, die rationalen, bürokratischen Strukturen auf die Kolonien zu übertragen und diese Gebiete an der Peripherie aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen einer stärkeren Kontrolle durch die Metropole zu unterwerfen. Zum anderen schuf das steigende Nationalgefühl eine psychologische Kluft zwischen den Engländern und den Siedlern, die in Nordamerika allerdings lange Zeit nicht wahrgenommen wurde. Während die Engländer von „unseren Kolonien“ im Sinne eines Besitzanspruchs sprachen, fühlten sich die Siedler als gleichberechtigte Mitglieder des britischen Empire, die alle „liberties and privileges of Englishmen“ genossen. Die Engländer begannen auch kulturell auf die Siedler herabzublicken, die sich vor allem die rohen und ungehobelten Manieren der englischen Volkskultur zu eigen zu machen schienen⁶.

2. Das Herrschaftssystem des British Empire und die regionale Struktur der Kolonien

Ebensowenig wie die „englische Verfassung“ schriftlich klar fixiert war, gab es einen festen konstitutionellen Rahmen für das im Entstehen begriffene britische Empire. Auch in diesem Zusammenhang betont die neuere Forschung den „dynamischen Charakter der Metropole England“, die Schottland, Irland, die Karibikinseln und die nordamerikanischen Festlandskolonien zu einem „expansive Atlantic empire“ formte. Die staatsrechtlichen Verhältnisse innerhalb dieses Empire variierten erheblich oder blieben unbestimmt. Während Schottland seit 1707 eine Union mit England bildete und Abgeordnete ins Londoner Parlament wählte,

⁵ T. H. Breen, *Ideology and Nationalism on the Eve of the American Revolution: Revisions Once More in Need of Revising*, in: JAH 84 (1997) 13–39.

⁶ Richard P. Gildrie, *The Profane, the Civil, and the Godly: The Reformation of Manners in Orthodox New England* (London 1996).

hatten die Protestanten in Irland ihre eigene nationale Legislative; die amerikanischen Kolonien durften dagegen nur einige Interessenvertreter, die sog. *colonial agents*, nach London entsenden, die kein Stimmrecht im Parlament besaßen. Intern verfügten die Siedler allerdings über eine weitgehende politische Autonomie (*self-government*), die sie durch ihre Repräsentativorgane, die kolonialen *Assemblies*, sowie durch die *Town* und *County Meetings* und lokale Geschworenengerichte ausübten. Die Kolonialparlamente erkämpften sich im Laufe der Zeit selbst dort eine maßgebliche Stellung, wo vom englischen König ernannte Gouverneure und Räte amtierten. Dieses hohe Maß an Selbstregierung und Selbstverwaltung war der Londoner Regierung schon in der Restaurationszeit nach dem Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts ein Dorn im Auge gewesen. Der Versuch, einige der Festlandskolonien unter absolutistischem Vorzeichen als *Dominion of New England* zusammenzufassen, hatte aber in den 1680er Jahren heftigen Widerstand der Siedler provoziert und war im Verlauf der *Glorious Revolution* gescheitert. Darauf folgte eine längere Phase der sog. „heilsamen Vernachlässigung“ (*salutary neglect*), in der sich die Kolonien trotz der formellen Oberaufsicht von Krone, Außenministerium, Parlament, Privy Council und Board of Trade (seit 1696) nahezu im „Wildwuchs“ entwickeln konnten⁷. Dieser Zustand wurde seit den 1740er Jahren durch ein straffes Anziehen der administrativen Zügel abgelöst, das nun jedoch im Zeichen des modernen Macht- und Handelsstaates geschah. Nach dem Siebenjährigen Krieg, als es darum ging, wer die enormen finanziellen Lasten tragen sollte, verschärfte sich diese Tendenz weiter und setzte, angefangen mit dem *Stamp Act* 1763, eine Kettenreaktion in Gang, die zur Unabhängigkeitserklärung von 1776 führte. Die Metropole beharrte in diesem Konflikt wie selbstverständlich darauf, daß die Souveränität des Parlaments unteilbar sei, daß es in seiner Macht liege, den Handel der Kolonien zu regulieren, und daß die Siedler für bestimmte Zwecke besteuert werden dürften, auch wenn sie nur „virtuell“ im Parlament vertreten seien. Alle diese Prämissen, speziell aber die letzte, wiesen die Führer der Kolonisten entschieden zurück. Gerade der Versuch, das englische Modell für Britisch-Amerika verbindlich zu machen und die Empire-Beziehungen im „modernen“, bürokratischen Sinne zu reorganisieren, trug also ganz wesentlich zur Loslösung der nordamerikanischen Kolonien vom Mutterland bei⁸.

Lenkt man den Blick auf die Kolonien, dann stehen die Uneinheitlichkeit der Entwicklung und die Diversität der Verhältnisse ins Auge. Zwar übten angelsächsisches Rechtsdenken und *common law* sowie englische Verfahrensweisen und Institutionen durchweg einen starken Einfluß aus. Dennoch wurden die Kolonien nicht zu einem Abbild des Mutterlandes. So scheiterten alle Pläne, Feudal- und Lebensverhältnisse nach europäischem Muster zu etablieren, an der leichten Ver-

⁷ Wolfgang Reinhard, *Parasit oder Partner? Europäische Wirtschaft und Neue Welt 1500–1800* (Münster 1997) 134–155.

⁸ An dieser Stelle muß aber betont werden, daß sich das von Frankreich abgetretene Kanada der Revolution ebensowenig anschloß wie die britischen Karibikinseln. Besonders Kanada bietet hinsichtlich der Übertragung von europäischen Staatsmodellen interessante Vergleichsmöglichkeiten mit den USA, die hier jedoch nicht erörtert werden können.

füßbarkeit über Grund und Boden. Bis zum 18. Jahrhundert bildeten sich vier Regionalkulturen heraus, die teils durch die Herkunft der Siedler, teils durch die Bedingungen vor Ort geprägt wurden: (a) das puritanische Neuengland, in dem kleine Familienfarmen sowie Handel, Schiffbau und Fischfang das Bild bestimmten; (b) die religiös und ethnisch gemischten Mittelatlantikkolonien, die bessere Voraussetzungen für den Getreideexport und die gewerbliche Entwicklung boten; (c) die Küstenregionen der südlichen Kolonien, in denen eine auf Sklavenarbeit und *staple crops* (Tabak, Reis, Indigo, Baumwolle) basierende Plantagenwirtschaft entstand; und (d) das Hinterland der südlichen Kolonien, in dem vorwiegend schottisch-irische Presbyterianer siedelten, die sich den Ruf harter Indianerkämpfer und rauhbeiniger, fast „unregierbarer“ *Frontiersmen* erworben hatten. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Lebensbedingungen und das Klima, so variierte auch die politische Kultur von Region zu Region: während sich in Neuengland die egalitäre *Town Meeting*-Demokratie mit einem autoritären puritanischen Kirchenregiment verband, überwog in den Mittelkolonien der liberal-individualistische Geist des Quäkertums; im Süden schließlich existierte eine sozial elitäre, auf die anglikanische Staatskirche gegründete Pflanzergesellschaft Seite an Seite mit einer radikalen *Frontier*-Demokratie⁹.

Abweichend von England bildete sich in Amerika schon früh eine Tradition geschriebenen Verfassungsrechts heraus. So besaß jede Kolonie eine vom König oder vom Parlament verliehene *Charter*, auf die sich die Siedler bei Auseinandersetzungen mit den Gouverneuren immer wieder beriefen. Im Laufe der Zeit wurden diese *Charters*, die hauptsächlich Organisationsstatuten waren, fast überall durch spezielle Urkunden ergänzt, die die Rechte und Privilegien der Bürger aufzählten. Eine negative Abweichung vom englischen Modell stellte die Sklaverei dar, die von der Karibik aus zuerst in die südlichen Festlandskolonien gelangte. Während das englische *common law* diese Form der persönlichen Unfreiheit nicht kannte, schloß das amerikanische Eigentumsrecht seit dem späten 17. Jahrhundert den Besitz an Sklaven ein, die den Status von *chattel* besaßen, d.h. verkauft und beliehen werden durften. Dieses Schicksal konnte auch Indianer ereilen, die in Gefangenschaft gerieten und dann zumeist auf die Karibikinseln verkauft wurden.

Unter der Herrschaft der Krone und im Rahmen des britischen Empire war also in Nordamerika eine Staats- und Gesellschaftsform entstanden, die in einigen Punkten dem englischen Modell ähnelte, in mancher Hinsicht aber bereits originären Charakter trug. Auf der einen Seite wurden die Kolonien in die allgemeine Wachstumsdynamik des atlantischen Wirtschaftssystems einbezogen und hatten auch teil an den geistigen Strömungen der Zeit, insbesondere der Aufklärung. Auf der anderen Seite widersetzten sie sich dem Trend zur Zentralisierung und Bürokratisierung, der von London ausging, um ihre regionalen Interessen, Besonderheiten und Identitäten zu wahren. Dabei blieb allerdings jede einzelne Kolonie stärker auf die Metropole hin ausgerichtet als auf ihre Nachbarkolonie. Bezeich-

⁹ David Hackett Fischer, *Albion's Seed: Four British Folkways in America* (New York, Oxford 1989).

nenderweise kam selbst in den 1750er Jahren, als sich der Entscheidungskampf gegen die Franzosen und deren indianische Verbündete bereits abzeichnete, keine formelle interkoloniale Zusammenarbeit zustande¹⁰. Während des *French and Indian War* ab 1755 erreichten das „britische“ Bewußtsein und der Empire-Patriotismus der Siedler sogar ihren Höhepunkt. Erst der nach dem Sieg über die Franzosen zunehmende politische Druck aus London ließ die Kolonisten deutlicher erkennen, daß sie gemeinsame Interessen hatten und daß sie bei der Verteidigung dieser Interessen gegen die Machtansprüche der Metropole aufeinander angewiesen waren.

3. Revolution, Unabhängigkeitskrieg und Staatsbildung in Britisch-Nordamerika

Die revolutionäre Loslösung der Siedler vom Mutterland erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Überlebensfähigkeit der englischen Kolonien auf Grund des vorausgegangenen rapiden Wirtschaftswachstums und der Ausschaltung Frankreichs gesichert war. Materielle Interessen allein gaben aber keineswegs den Ausschlag bei der Entscheidung für die Unabhängigkeit, sondern sie wirkten zusammen mit geistig-ideologischen Strömungen, die auch große Bedeutung für die politische Kultur des postkolonialen Gemeinwesens erlangten. Zum einen nahmen viele Siedler die „Modernisierung“ in England als Abweichung von der imaginären *English Constitution* und damit als Korruption, politisch-moralischen Niedergang und Dekadenz wahr, gegen die sie sich abkapseln oder sogar zur Wehr setzen mußten. Dabei bedienten sie sich der Rhetorik der radikalen englischen *Country*-Opposition gegen die Symbolfigur der Modernisierer, den Premierminister Lord Walpole. Diese Kritik trug republikanische Züge, weil sie auf Denkfiguren und Begriffe der Antike und der Renaissance rekurrierte: So wurde etwa in den *Cato Letters* von Trenchard und Gordon wie später in den Flugschriften der amerikanischen Patrioten die korrupte, luxussüchtige und machtgierige Metropole den einfachen, dem Gemeinwohl verpflichteten Kolonien gegenübergestellt. Das zentrale Schlagwort in diesem Diskurs war Tugend, *virtue*, verstanden als Verantwortung und Opferbereitschaft des einzelnen Bürgers für die Belange des Gemeinwesens. Aus dieser Sicht wirkten alle englischen Maßnahmen seit dem Siebenjährigen Krieg wie Elemente eines von langer Hand vorbereiteten verschwörerischen Plans, um die Kolonien ihrer Selbständigkeit und ihrer moralischen Integrität zu berauben, ja sie zu „versklaven“.

Die zweite Strömung entstand offenbar in Reaktion auf den bereits angesprochenen Nationalismus der englischen Mittelschichten, der einen dezidiert exklusiv-

¹⁰ Benjamin Franklins *Albany Plan of Union* von 1754 sah eine „allgemeine Regierung in Amerika“ mit von der Krone eingesetztem Generalpräsidenten und gewähltem „Großen Rat“ als Repräsentation „des Volkes der verschiedenen Kolonien“ vor, fand jedoch keine Zustimmung.

ven Charakter annahm und die Kolonisten zu fremden Untertanen herabstufte. Hierauf antworteten die Sprecher der Siedler zunächst mit der Betonung ihrer gleichwertigen „englischen Rechte und Freiheiten“. Als dies wenig fruchtete, führten sie immer häufiger ihre „natürlichen Rechte“ ins Feld, die sie auch beim Eingehen eines Gesellschaftsvertrags nicht aufgeben konnten. Sie konterten die englischen Anmaßungen mit der Sprache des Liberalismus, die durch die Werke von John Locke Verbreitung in den Kolonien gefunden hatte. Erst das wachsende Nationalgefühl in England weckte demnach in den Kolonien das Bewußtsein einer gemeinsamen amerikanischen Identität und der Andersartigkeit gegenüber Europa. Das Verlangen nach Unabhängigkeit entsprang also in nicht geringem Maße dem Gefühl der Siedler, von den Engländern, den „unfeeling brethren“, wie Jefferson sie im Entwurf der *Declaration of Independence* nannte, verschmäht, zurückgestoßen und als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden¹¹. Die Begriffe *virtue* und *natural rights* mit den ihnen entsprechenden republikanischen und liberalen Denkmustern und Weltanschauungen bildeten dann auch die Grundlage für eine eigenständige amerikanische politische Kultur, die in sich keineswegs spannungs- und konfliktfrei war. Hinzu kam noch der puritanische Protestantismus, der in seiner durch die Aufklärung gemäßigten Form auf alle Kolonien abfärbte und den Glauben der Siedler an ihre Auserwähltheit und besondere Rolle im historischen Prozeß bestärkte¹².

Die verfassungspolitischen Zielvorstellungen der Kolonialmacht, die auf dem Prinzip der Parlamentsouveränität und der Unterordnung der Kolonien unter das imperiale Zentrum beruhten, erwiesen sich als unvereinbar mit dem Verlangen der Siedler nach Gleichberechtigung im Rahmen des Empire. Kompromißvorschläge wie der Unionsplan des Amerikaners Joseph Galloway hatten keine Chance, weil sich die Engländer wenig flexibel und innovationsbereit zeigten, und weil auf der Gegenseite der Wunsch nach Unabhängigkeit bei Teilen der kolonialen Elite und in der Bevölkerung immer stärker wurde. Da die Kontrahenten auf ihren grundsätzlichen Positionen beharrten, ließ sich die Eskalation des Konflikts nicht vermeiden. Revolution und Unabhängigkeitskrieg dürfen aber nicht nur als eine Auseinandersetzung zwischen Engländern und Kolonisten verstanden werden, denn sie waren auf amerikanischer Seite von heftigem inneren Streit bis hin zum Bürgerkrieg begleitet. Beim Zusammenprall zwischen englandtreuen „Loyalisten“ und nach Freiheit strebenden „Patrioten“ ging es im Letzten um die Entscheidung zwischen dem englischen Staats- und Verfassungsverständnis und einem genuin amerikanischen Republikanismus. Das Denken der Loyalisten trug hierarchisch-elitäre Züge, aber sie können keineswegs als Reaktionäre abgetan

¹¹ Jürgen Heideking, *The Image of an English Enemy During the American Revolution*, in: Ragnbild Fiebig-von Hase und Ursula Lehmkuhl (Hrsg.), *Enemy Images in American History* (Providence, R.I. 1997) 91–107.

¹² Hans Vorländer, *Hegemonialer Liberalismus: Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776–1920* (Frankfurt, New York 1997); vgl. Linda K. Kerber, *The Revolutionary Generation: Ideology, Politics, and Culture in the Early Republic*, in: Eric Foner (Hrsg.), *The New American History* (Philadelphia 1997) 31–59.

werden. Männer wie Thomas Hutchinson, der Gouverneur von Massachusetts, waren in mancher Hinsicht sogar „aufgeklärter“, wirtschaftlich fortschrittlicher und „moderner“ als ihre radikalen Widersacher vom Schläge eines Samuel Adams und John Adams. Nach dem Unabhängigkeitskrieg, der 1781 in Yorktown zugunsten der Patrioten entschieden wurde, flüchteten zehntausende von Loyalisten nach Kanada, wo ihre Präferenz für die englische Staats- und Gesellschaftsordnung langfristig die politische Kultur der neuen britischen Besetzung – und damit auch das ambivalente Verhältnis zu den USA – mitprägte.

Der Übergang von den dreizehn nordamerikanischen Kolonien zu den Staaten erfolgte zwischen 1776 und 1783 auf der Grundlage der Volkssouveränität, die hier erstmals in der Neuzeit praktisch angewendet wurde. Als am besten geeignetes Verfahren erwies sich die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, die den Verfassungstext formulierte, der dann wiederum den wahlberechtigten Bürgern in den Staaten (im Durchschnitt ca. 70 Prozent aller weißen Männer über 21 Jahre) zur Annahme unterbreitet wurde. Diese ersten Staatenverfassungen stärkten im allgemeinen die Stellung der Parlamente und schwächten diejenige der Gouverneure, die sich nun in den meisten Fällen jährlich zur Wiederwahl stellen mußten¹³. Parallel hierzu entstand eine Konföderationsverfassung, die *Articles of Confederation*, die bis 1781 von allen Staatenparlamenten ratifiziert wurde. Die negativen Erfahrungen, die man mit dieser Form der lockeren Zusammenarbeit von souveränen Staaten sammelte, führte 1787 zum Verfassungskonvent von Philadelphia und im Jahr darauf zur Annahme der *Constitution of the United States of America*. Diese Bundesverfassung wurde 1791 durch eine Grundrechteerklärung, die ersten zehn Amendments oder *Bill of Rights*, ergänzt¹⁴. Die Methode der Amendments diente auch später dazu, die Verfassung zu ändern und an gewandelte äußere Verhältnisse anzupassen. In ihren wesentlichen Grundzügen ist die *Constitution* nun aber schon seit über 200 Jahren in Kraft und wird deshalb zu Recht als die älteste noch geltende geschriebene Verfassung der Welt bezeichnet.

4. Die postkoloniale Entwicklung und die strukturellen Besonderheiten der Vereinigten Staaten

Daß die Vereinigten Staaten unter dem Druck von Krieg und Krise Gestalt annahmen, hatte weitreichende Folgen: Hier entstand der identitätsstiftende Mythos des heroisch um seine Freiheit kämpfenden Volkes, das durch Revolution und Verfassunggebung eine neue Epoche der Weltgeschichte einleitete. Der Zusammenhalt der Union geriet allerdings schon unmittelbar danach ernsthaft in Gefahr, als die ideologischen Einflüsse der Französischen Revolution und die ökonomi-

¹³ Willi Paul Adams, *Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit: Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution* (Darmstadt 1973).

¹⁴ Jürgen Heideking, *Die Verfassung vor dem Richterstuhl: Vorgeschichte und Ratifizierung der amerikanischen Verfassung 1787–1791* (Berlin, New York 1988).

sehen Rückwirkungen der europäischen Kriege einen heftigen Parteienstreit in den USA auslösten. Während sich die *Federalists* um Alexander Hamilton wirtschaftlich und politisch eher am englischen Vorbild ausrichteten, setzten die *Republicans* unter Führung von Thomas Jefferson, der 1801 zum Präsidenten gewählt wurde, dem europäischen Modell des Handels-, Manufaktur- und Machtstaates bewußt die Vision eines *Agrarian Empire* der unabhängigen Farmer entgegen. Obwohl immer wieder die Rede davon war, daß Parteien schädlich für das Gemeinwohl seien, entstand in der Praxis ein nationales Zweiparteien-System, das die politische Debatte anheizte, zugleich aber die freigesetzten Energien in konstruktive Bahnen lenkte. Durch den erfolgreichen (oder besser gesagt glimpflichen) Ausgang des sog. „zweiten Unabhängigkeitskrieges“ gegen England von 1812 bis 1814 wurde die Union gerettet und der Mythos des konstitutionellen und politischen Neubeginns noch gestärkt. Danach konnten die USA auf der Grundlage der Verfassung und der *Northwest Ordinance* des Kongresses von 1787, die den Übergang von Territorien in Staaten regelte, nach Westen voranschreiten. Diese kontinentale Ausdehnung des föderativ-demokratischen Staatsmodells, die unter dem Schlagwort der *Manifest Destiny* erfolgte und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts weitgehend abgeschlossen war, erfolgte zu Lasten der Indianer (sie wurden in Reservate verdrängt) und der Spanier bzw. Mexikaner, die große Gebiete ihres Kolonialreiches bzw. ihres postkolonialen Staates einbüßten. Durch die Expansion vom Atlantik zum Pazifik entstand ein riesiger, für europäische Verhältnisse nahezu unvorstellbarer Binnenmarkt, der langfristig den Aufstieg der USA zur stärksten Wirtschaftsmacht der Erde ermöglichte. Über die Frage, welche Rolle der Staat in diesem Prozeß spielen sollte, kam es allerdings wiederum zu einem heftigen Richtungsstreit in der Elite, und erneut unterlagen diejenigen, die sich stärker an europäischen Entwicklungsmodellen orientierten (die Befürworter des *American System* um John Quincy Adams und die *Whigs*), gegen die Exponenten einer eigenständigen, dezentralen amerikanischen Lösung, wie sie von Andrew Jackson und der *Democratic Party* propagiert wurde. Im Zuge der Westexpansion verschärften sich auch die sektionalen Spannungen und der Streit über die Sklaverei, die in den 1850er Jahren den Zusammenbruch des sog. „zweiten Parteiensystems“ von Whigs und Demokraten herbeiführte und 1860/61 in Sezession und Bürgerkrieg mündeten.

Der transatlantische Vergleich legt den Schluß nahe, daß die amerikanische Unabhängigkeit und der Auf- und Ausbau des Bundesstaates zumindest partiell eine Revolte gegen das nationale und imperiale Staatsmodell Englands darstellten, gegen den „impressive fiscal-military state“, der damals in Europa allgemeine Bewunderung erregte. Nimmt man die Verhältnisse und Entwicklungstrends in England im 18. und 19. Jahrhundert als Maßstab für staatliche Modernität, dann erscheint das amerikanische Modell in mancher Hinsicht als unmodern, zumindest aber als andersartig. Auf diese „Andersartigkeit“ hat Gordon S. Wood in seinem kontroversen Buch „*The Radicalism of the American Revolution*“ hingewiesen, allerdings eher im Sinne einer „Modernisierung“, d. h. des Übergangs von einer traditionell-hierarchischen Gesellschaft zu einer modernen, liberal-egalitären

Mittelschichtdemokratie¹⁵. Es wäre vermessen, wollte man versuchen, die komplexe politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der USA von der Entstehung bis in unser Jahrhundert in wenigen Worten zu skizzieren¹⁶. Im folgenden sollen deshalb nur diejenigen Elemente angesprochen werden, die im obigen Sinne als „unmodern“ gelten könnten. Das Erstaunliche daran ist, daß diese selbst gewählte partielle „Rückständigkeit“ den Aufstieg der USA keineswegs behindert, sondern ihn möglicherweise sogar erleichtert und beschleunigt hat. Folgende fünf Punkte seien genannt:

4.1. Die Begrenzung der staatlichen Macht durch Verfassung, Gewaltenteilung und Grundrechte

Die koloniale Tradition des *self-government* und die ideologischen Einflüsse des Republikanismus und Liberalismus verhinderten, daß in den USA ein „starker Staat“ im europäischen Sinne entstand. Die Verfassung von 1787/88 errichtete zwar eine nationale Regierung, aber deren Befugnisse wurden umgehend durch Gewaltenteilung, *checks and balances* und Grundrechtsgarantien auf das Notwendigste eingeschränkt. Im Verfassungsrecht und insbesondere in den Grundrechten spiegelte sich nach amerikanischer Auffassung das Naturrecht wider, das letztlich göttlichen Ursprungs war. Hieraus resultierte eine spezifische Form des Konstitutionalismus, den Europäer halb bewundernd, halb herablassend als „Verfassungsverehrung“, „Verfassungsheiligung“ oder „Verfassungskult“ bezeichneten¹⁷. Da die Verfassung in den USA erst die Nation konstituierte, wurde sie – gemeinsam mit der Unabhängigkeitserklärung – zur wichtigsten Quelle von staatlicher Legitimität und nationaler Identität¹⁸.

Der Staat erlangte demgegenüber keinen Wert an sich, sondern *government* bedeutete treuhänderische Machtausübung auf Zeit im Namen und im Interesse des Volkes. Das Ergebnis war nicht die Parlamentssoveränität englischer Prägung, sondern ein „limited government“, ein verhältnismäßig „schwacher“ Staat, der dem Individuum und dem gesellschaftlichen Spiel der Kräfte viel Raum ließ. Diese Freiheit von staatlicher Kontrolle und Bevormundung setzte vor allem im wirtschaftlichen Bereich enorme Energien frei, aber sie hatte auch ihre Schattenseite:

¹⁵ Gordon S. Wood, *The Radicalism of the American Revolution* (New York 1992).

¹⁶ Siehe ausführlich Jürgen Heideking, *Geschichte der USA* (Tübingen, Basel 1996).

¹⁷ Jürgen Heideking, *The Law of Nature and Natural Rights: Die Positivierung des Naturrechts im Amerika des ausgehenden 18. Jahrhunderts*, in: Otto Dann und Diethelm Klippel (Hrsg.), *Naturrecht – Spätaufklärung – Revolution* (Hamburg 1996) 48–60. Zur bedeutenden Rolle von lokalen Gerichten, die in der späten Kolonialzeit und der frühen Republik auch als zusätzliche politische Repräsentativorgane dienten, siehe J. R. Pole, *Reflections on the American Law and the American Revolution*, in: William and Mary Quarterly 50 (1993) 122–159.

¹⁸ Jürgen Heideking, *Die Verfassungsfeiern von 1788: Das Ende der Amerikanischen Revolution und die Anfänge einer nationalen Festkultur in den Vereinigten Staaten*, in: *Der Staat* 34 (1995) 391–413; vgl. Liab Greenfeld, *The Origins and Nature of American Nationalism in Comparative Perspective*, in: Knud Krakau (Hrsg.), *The American Nation – National Identity – Nationalism* (Münster 1997) 19–52.

Der Staat übte, zumal an der Siedlungsgrenze, kein wirksames Gewaltmonopol aus, und er konnte deshalb auch die Indianerstämme nicht gegen die fortwährenden Übergriffe von landhungrigen Siedlern schützen. Noch heute wird darüber gestritten, ob das zweite Amendment den privaten Waffenbesitz verfassungsmäßig garantiert oder ob seine ursprüngliche Funktion nur darin bestand, die Einsatzfähigkeit der einzelstaatlichen Milizen zu gewährleisten.

Trotz der geringen Machtmittel der Bundesregierung ist es im Verlauf der territorialen Expansion nach Westen nicht zur Loslösung von *Frontier*-Gebieten oder gar zu militärischen Angriffen aus der *Frontier* auf die Küstenstaaten gekommen. Dieser Umstand verdient mehr Beachtung, als er bislang gefunden hat, zumal wenn die Situation in Lateinamerika als Vergleichsmaßstab herangezogen wird. Während der Kolonialzeit und unmittelbar nach der Entstehung der USA kam es gelegentlich zu Aufständen von Bewohnern der *backcountry*, die zumeist aber – wie *Shays' Rebellion* von 1786 und die *Whiskey Rebellion* von 1794 – rasch und weitgehend unblutig von den etablierten Autoritäten niedergeschlagen werden konnten. Entgegen Turners These von der großen Bedeutung der *Frontier* betont die neuere Forschung, daß die wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflüsse von der Ostküste in den Westen verliefen und nicht umgekehrt. Spezielle Aufmerksamkeit findet heute die Entwicklung von Städten an der *Frontier*, die weit in ihr Umland ausstrahlten und den gesamten Mittleren Westen prägten. Städte wie Chicago und St. Louis waren aber auf das Kapital und die Aufträge aus dem Osten angewiesen, und die lokalen Politiker und Unternehmer (*boosters*) unterhielten meist enge Kontakte zur Ostküstenelite. Sie sorgten auch dafür, daß die Unsicherheit an der *Frontier* allmählich durch *law and order* abgelöst wurde¹⁹. Diese Interessenverquickung trug offenbar entscheidend dazu bei, die Spannungen zwischen *Frontier* und alten Staaten zu mindern und ihre Konkurrenz in friedliche Bahnen zu lenken.

4.2. Der Verzicht auf Zentralisierung und Bürokratisierung

Eine Zentralisierung und Bürokratisierung, wie sie für die europäischen Nationalstaaten charakteristisch war, fand in den USA nur unvollkommen und mit erheblicher Verspätung statt. Der amerikanische Föderalismus, der aus den kolonialen Strukturen hervorging und dem Autonomiestreben der Einzelstaaten Rechnung trug, wurde von den Europäern zunächst nicht als innovative Einrichtung, sondern – ähnlich wie die Struktur der Schweiz oder der Niederlande – als ein staatsrechtliches Relikt betrachtet. Die Zukunft schien dem nationalen Einheitsstaat englischer oder französischer Prägung zu gehören, der seine Bürger und seine materiellen Ressourcen ungehindert mobilisieren konnte. Da sich der Begriff Repu-

¹⁹ Siehe hierzu das grundlegende Werk von *William J. Cronon*, *Nature's Metropolis: Chicago and the Great West* (New York 1991).

blik mit altertümlichen oder kleinräumigen Gebilden verband²⁰, war es aus europäischer Sicht höchst fragwürdig, ob eine föderative Republik das gesamte Territorium bis zum Mississippi und möglicherweise bis zum Pazifik würde kontrollieren können. Genau das hatten aber Amerikaner wie Washington, Madison und Jefferson im Sinn, wenn sie vom zukünftigen *American Empire of Liberty* sprachen. Die *Northwest Ordinance* des Kongresses von 1787 regelte, daß die Westgebiete nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen als gleichberechtigte Staaten in die Union aufgenommen werden sollten, und sie schloß auch bereits die Sklaverei im Nordwesten aus. Das heikle Problem der Souveränität wurde auf neue Weise gelöst: Souverän war allein das Volk, aber es konnte die Regierungsbefugnisse auf den Bund und die Einzelstaaten verteilen, die in ihrer jeweils eigenen Sphäre uneingeschränkt Verantwortung trugen. Die Bundesverfassung bildete das „supreme law of the land“, und der Oberste Gerichtshof mußte dafür sorgen, daß die Gesetze und Verordnungen der Staaten wie des Bundes mit der Verfassung konform waren. Madison nannte die vom europäischen Standpunkt aus schwer verständliche Lösung in den *Federalist Papers* „partly national and partly federal“. Diese Konstruktion bildete die Voraussetzung für die kontinentale Ausdehnung der Union bis 1850, die alle europäischen Maßstäbe für die Größe und Struktur eines Staatswesens sprengte. Die Amerikaner selbst hatten allerdings erhebliche Schwierigkeiten mit der Auslegung der Verfassung, denn immer wieder flammte der Streit darüber auf, ob die Union Vorrang vor den Staaten habe, oder ob die Staaten weiterhin „unabhängig“ oder sogar „souverän“ seien²¹. Erst der Sieg des Nordens im Bürgerkrieg beantwortete diese Frage im Sinne der ersten, „nationalen“ Interpretation, aber auch danach war die Bundesregierung keineswegs allmächtig.

Die konstitutionellen Begrenzungen, das republikanische Machtmißtrauen und die schiere Größe der Union verhinderten, daß auf der Ebene des Bundesstaates wie der Einzelstaaten umfangreiche, kostspielige Bürokratien entstanden. Der Mangel an staatlicher Leistungsfähigkeit wurde durch die Selbsthilfe der Gesellschaft wettgemacht, die sich für die unterschiedlichsten Zwecke in zahllosen *voluntary associations* – Vereinen, Clubs, Logen, Korporationen etc. – organisierte. Dieser Umstand beeindruckte schon Alexis de Tocqueville in den 1830er Jahren, und Max Weber stellte zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf einer Amerika-reise fest, die Vereinigten Staaten seien „kein formloser Sandhaufen von Individuen, sondern ein Gewirr streng exklusiver, aber voluntaristischer Verbände“²². Im Laufe dieses Jahrhunderts haben die USA ihr „bürokratisches Defizit“ gegenüber Europa allmählich abgebaut, aber der antibürokratische und antizentralisti-

²⁰ Diese Vorstellung hatte Montesquieu in *De l'esprit des lois* bestärkt. Seiner Meinung nach konnte eine großräumige Republik nur als lockerer Staatenbund existieren.

²¹ Zur *states' rights*-Doktrin, die besonders im Süden populär war, siehe neuerdings Andrew C. Lenner, John Taylor and the Origins of American Federalism, in: *Journal of the Early Republic* 17 (1997) 399–423.

²² Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die Vereinigten Staaten von Amerika, in: Ragnild Fiebig-von Hase und Jürgen Heideking (Hrsg.), *Zwei Wege in die Moderne: Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1900–1918* (Trier 1998) 91–103.

sche Geist wird in der Bevölkerung weiterhin wachgehalten. Er gehört offenbar untrennbar zur amerikanischen politischen Kultur, und er bildete geradezu die Voraussetzung für die Entstehung einer „Zivilgesellschaft“, wie sie die USA in reinster Form verkörpern.

4.3. Der Verzicht auf eine starke Militärmacht

Die Gründe, aus denen die Gründergeneration auf die Errichtung einer starken, permanenten Militärmacht verzichtete, waren ähnlich gelagert. Die tiefsitzende Abneigung der Siedler gegen eine *standing army* nach europäischem Muster fiel hierbei besonders ins Gewicht. Auch nach der Unabhängigkeit verließ man sich in erster Linie auf die Milizen der Einzelstaaten, eine Art dezentrale Volkswehr, deren militärischer Wert von Experten wie George Washington nicht sehr hoch veranschlagt wurde. Die reguläre amerikanische Armee zählte in Friedenszeiten stets nur wenige Tausend Mann, die zumeist in Forts entlang der Indianergrenze Dienst taten. Die wenigen Kriegsschiffe, deren Bau der Kongreß bewilligte, reichten kaum zum Schutz der Küsten und der Großen Seen aus²³.

Dieses archaisch anmutende System verführte viele Europäer dazu, die Kampfkraft der Amerikaner zu unterschätzen. Es zeigte sich aber immer wieder, daß der „schwache Staat“ USA genau dann, wenn es darauf ankam – 1812–14, 1846–48, 1861–65, 1898 und 1917/18 – ungeahnte Kräfte entfalten konnte, indem er rasch Freiwilligenheere aufstellte und die Wirtschaft in den Dienst der Kriegführung stellte. Nach dem Friedensschluß wurde das Militärpotential regelmäßig wieder abgebaut, weil man die hohen Kosten und den Einfluß des Militärs auf die Politik fürchtete. Eine Ausnahme bildete die Flotte, die seit Ende des 19. Jahrhunderts als Symbol staatlicher Macht in der Epoche des Imperialismus systematisch aufgerüstet wurde. 1898 gaben die USA der „kolonialen Versuchung“ nach, aber die republikanisch-demokratischen Gegenkräfte der Gesellschaft blieben stark genug, um die Expansion in überseeische Gebiete in Grenzen zu halten²⁴.

In Militär- und Bündnisfragen bewirkten der Zweite Weltkrieg und mehr noch der Kalte Krieg unter dem Schlagwort *national security* einen grundsätzlichen Einstellungswandel, der die USA zur militärischen „Supermacht“ werden ließ. Inwieweit dies die politische Kultur der Zivilgesellschaft beeinträchtigte, etwa durch die Herausbildung eines „militärisch-industriellen Komplexes“, wird seit einiger Zeit kontrovers diskutiert. Nach wie vor ist der Grundsatz des Primats der politischen Führung jedoch tief im amerikanischen Bewußtsein verankert, und Staatsstreiche von Militärs, wie sie in vielen anderen Ländern leider zur Gewohnheit geworden sind, erscheinen in den USA auch für die Zukunft ausgeschlossen.

²³ Jürgen Heideking, „People’s War or Standing Army?“ Die Debatte über Militärwesen und Krieg in den Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter der Französischen Revolution, in: Johannes Kunisch und Herfried Münkler (Hrsg.), Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution (Berlin 1998) im Druck.

²⁴ Edward P. Crapol, Coming to Terms with Empire: The Historiography of Late-Nineteenth-Century American Foreign Relations, in: Diplomatic History 16 (1992) 573–597.

4.4. Die Trennung von Kirche und Staat

Die engen Verbindungen, die in den meisten Kolonien zwischen Regierungen und etablierten Kirchen bestanden, lösten sich im Gefolge der Revolution auf und wurden durch eine strikte Trennung von Kirche und Staat ersetzt. Dieser Prozeß begann in den 1780er Jahren in Virginia, wo sich Baptisten und andere nonkonformistische Glaubensgemeinschaften seit längerem über die Steuerprivilegien der Anglikanischen Kirche beschwert hatten. Der *Act for Establishing Religious Freedom* von 1786 bestätigte die schon in der *Virginia Declaration of Rights* von 1776 garantierte individuelle Religions- und Gewissensfreiheit und errichtete darüber hinaus, in den Worten von Thomas Jefferson, einen „wall of separation“ zwischen der kirchlichen und der staatlichen Sphäre. Das erste Amendement von 1791 untersagte dem Kongreß, eine Staatskirche einzurichten oder die freie Religionsausübung zu behindern. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts machte das Beispiel Virginias überall, zuletzt auch in den puritanischen Neuenglandstaaten Schule. Während sich also in England und auf dem europäischen Kontinent das Staatskirchentum – mit mehr oder weniger Toleranz für Nichtmitglieder – durchsetzte, ging die Entwicklung in den USA in die entgegengesetzte Richtung. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Verständnis der Amerikaner von politischer Freiheit und Pluralismus und damit auf die politische Kultur des Landes insgesamt. Entgegen mancher Befürchtungen und nativistischer oder fundamentalistischer Gegenbewegungen beeinträchtigten weder das Nebeneinander vieler Glaubensgemeinschaften noch die strikte Trennung von Kirche und Staat das religiöse Leben in den USA, sie setzten vielmehr zusätzliche Energien frei. Erwekungsbewegungen, religiös motivierte Reformbewegungen, Kirchengründungen und religiös-utopische Gemeinschaftsexperimente wurden geradezu zum Charakteristikum des 19. Jahrhunderts, an dessen Ende ein weit höherer Prozentsatz der Amerikaner einer Kirche angehörte als im Jahr 1800. Auch im 20. Jahrhundert ist die vorhergesagte Säkularisierung nicht eingetreten oder zumindest wesentlich schwächer ausgefallen als in Europa²⁵. Wenn Max Webers These vom Zusammenhang zwischen Modernisierung und Säkularisierung zutrifft, müßte man für die USA wiederum eine Ausnahme von der Regel reklamieren und sie als „partiell unmodern“ einstufen. Mit gleichem Recht läßt sich aber behaupten, daß die Amerikaner eine eigene Form von moderner Staatlichkeit entwickelt haben, die nicht im Widerspruch zur Religiosität breiter Bevölkerungsschichten steht. Hierzu gehört auch das Phänomen der *civil religion*, einer alle Glaubensbekenntnisse übergreifenden Zivilreligion, deren Symbole, Rituale und Zeremonien darauf ausgerichtet sind, die Nation immer wieder auf die als universal verstandenen Werte der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung zu verpflichten.

²⁵ William R. Hutchison, *From Unity to Multiplicity: American Religion(s) as a Concern for the Historian*, in: Jürgen Heideking (Hrsg.), *Religion(en) in der amerikanischen Geschichte*, *Amerikastudien/American Studies* 38 (1993) 343–350.

4.5. Der Verzicht auf ethnische und religiöse Homogenität

Es gehörte zu den Prämissen des neuzeitlichen europäischen Staatsdenkens, daß eine Nation ethnisch, religiös und kulturell möglichst homogen sein sollte. Die modernen Nationalstaaten machten es sich zur Aufgabe, diese Homogenität mit allen Mitteln, notfalls auch durch Repression und Gewalt herzustellen. Wie sehr diese Tradition nach Nordamerika hinüberwirkte, läßt sich daran ermessen, daß selbst in den USA ein starker Druck in Richtung Einheitlichkeit und Homogenität ausgeübt wurde, obwohl dies in einem Einwandererland eigentlich von Anfang an ein aussichtsloses Unterfangen war. Die oben erwähnte Religionsfreiheit scheint gegen einen solchen Konformitätsdruck zu sprechen, aber sie kam in der Praxis zunächst allein den Protestanten zugute, während Katholiken, Juden und Andersgläubige außerhalb des kulturellen *mainstream* blieben und allerhand Benachteiligungen und Verdächtigungen in Kauf nehmen mußten. Dies änderte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts, aber bis in unsere Tage hält die Mehrheit an einer judeo-christlichen Identität als einer neuen Art von Homogenität fest. Der protestantische Fundamentalismus, der seit den 1980er Jahren beträchtlichen politischen Einfluß ausübt, vertritt in dieser Hinsicht einen besonders rigiden Standpunkt. Allmählich scheint sich in den USA jedoch ein umfassenderes Religionsverständnis durchzusetzen, das neben sämtlichen großen Weltreligionen auch afrikanische und indianische Naturreligionen einschließt. Hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung verlief die Entwicklung nicht wesentlich anders. Uneingeschränkt akzeptiert wurden anfangs nur Einwanderer aus Nord- und Westeuropa, unter denen das anglo-amerikanische Element deutlich überwog. Ost- und Südeuropäer, die mit der zweiten Welle der Masseneinwanderung nach dem Bürgerkrieg in die USA gelangten, galten dagegen als schwer assimilierbar. Man unterzog sie einer forcierten „Amerikanisierung“ und bremste den Zustrom dann in den 1920er Jahren durch diskriminierende Einwanderungsquoten ab. Für Asiaten war es vom Ende des 19. bis zur Mitte dieses Jahrhunderts fast unmöglich, legal in die USA einzuwandern und die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Mexikaner wurden als Wander- und Saisonarbeiter geduldet, konnten aber jederzeit wieder über die Grenze abgeschoben werden. Die Sklaven hätten viele Amerikaner gern wieder nach Afrika zurücktransportiert, und die indianischen Ureinwohner entgingen nur knapp der Ausrottung. Afro-Amerikaner und Indianer erhielten zwar 1868 bzw. 1924 die Staatsbürgerschaft, doch die wirkliche rechtliche Gleichstellung dieser beiden Minderheitengruppen erfolgte erst durch die Bürgerrechtsreformen der 1960er Jahre, und ihre volle Integration in die amerikanische Gesellschaft ist immer noch nicht gelungen²⁶.

Trotz des starken Konformitätsdrucks, der auf rassische, ethnische und religiöse Minderheiten ausgeübt wurde, sind die Amerikaner nie eine homogene Nation geworden. Die Macht der Umstände war einfach zu groß, um die Metapher des „Schmelztiegels“ (*melting pot*) wahr werden zu lassen. Es bedurfte allerdings

²⁶ Linda K. Kerber, *The Meanings of Citizenship*, in: JAH 84 (1997) 833–854.

eines langen Lernprozesses, um zu erkennen, daß Homogenität kein Wert an sich ist, sondern daß die moderne Zivilgesellschaft sogar von der kulturellen Vielfalt einer diversen Bevölkerung profitieren kann. Insofern beweist die Geschichte der USA, daß Modernisierung nicht Vereinheitlichung bedeuten muß, und daß sich Modernität und kultureller Pluralismus durchaus miteinander vereinbaren lassen. Das sind grundlegende Einsichten, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein weder in Amerika noch in Europa allgemein akzeptiert wurden, und die selbst heute noch in großen Teilen der Welt auf Mißtrauen und Unverständnis stoßen.

Wenn man das aufklärerische Postulat des „größten Glücks der größten Zahl von Menschen“ (*the greatest happiness of the greatest number of people*) zum Maßstab macht, dann darf man die Entwicklung der USA im 20. Jahrhundert mit gewissen Einschränkungen als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnen. Obwohl die USA schon im 19. Jahrhundert als das Land der Freiheit und der unbegrenzten Möglichkeiten galten, müssen zu der Zeit noch allzuvielen Menschen, insbesondere Schwarze und Indianer, aber auch Industriearbeiter, Amerika eher als ein „Alptraum“ erlebt haben. Im 20. Jahrhundert vollzog sich dann jedoch eine progressive Öffnung der amerikanischen Gesellschaft, durch die der ideologische Anspruch und die soziale Realität besser in Einklang miteinander gebracht wurden. Durch die nach wie vor bestehende soziale Ungleichheit wird dieser Erfolg zwar beeinträchtigt, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die „Erfolgsgeschichte“ ist jedoch weniger der Übertragung eines europäischen Modells nach Amerika zu verdanken als der Ausnutzung des Potentials, das im eigenen „amerikanischen Experiment“ steckte.

5. Bilanz

Der hier gewählte Blickwinkel birgt die Gefahr, daß der Anteil des vorkolonialen, englischen Erbes zu gering bewertet und die Differenz zwischen Europa und Nordamerika im Sinne eines überholten *American exceptionalism* überbetont wird. Es soll keineswegs bestritten werden, daß die weißen Siedler, die sich lange Zeit als Europäer in der „Neuen Welt“ verstanden, einen wesentlichen Beitrag zur Ausbreitung des europäischen Staates und des europäischen Wirtschaftssystems über die Erde geleistet haben. Mit Blick auf die generelle Themenstellung kam es aber darauf an zu zeigen, daß keine schematische Übertragung von einem Kontinent auf den anderen stattgefunden hat. Vielmehr sind die Amerikaner in einigen wesentlichen Punkten von der Bahn abgewichen, auf der sich die „modernen“ europäischen Staaten im 18. Jahrhundert bewegten. Diese institutionellen und ideologischen Abweichungen kamen vielen Europäern damals wie Schwächen, Rückstände oder Fehlentwicklungen vor; heute erscheinen dagegen die Entscheidungen für einen konstitutionell begrenzten „schwachen“ Staat, für eine föderative Republik kontinentalen Zuschnitts, für religiösen und politischen Pluralismus und gegen bürokratischen Zentralismus ausgesprochen fortschrittlich und „mo-

dern“. Die immer wieder bewunderte oder verabscheute „Modernität“ der USA resultiert also nicht zuletzt aus einer Resistenz gegen Strukturen, Institutionen und Normen, die in Europa im 18. und 19. Jahrhundert als „modern“ und zukunftsweisend galten. So sind die USA nie ein „Leviathan“, ein bürokratisch durchorganisierter homogener Nationalstaat geworden, wie er vielen Europäern als Ideal vorschwebte; in gleicher Weise wehrten sich die Amerikaner gegen die von Max Weber prognostizierte „Entzauberung der Welt“ und hielten allen Säkularisierungstendenzen zum Trotz an religiösen Grundüberzeugungen fest. Das trug sicher ganz wesentlich zu ihrer Resistenz gegen die totalitären Versuchungen des 20. Jahrhunderts bei. Statt eines „Leviathan“ oder Wohlfahrtsstaates haben die USA früher als alle anderen Länder eine „Zivilgesellschaft“ (*civil society*) hervorgebracht, die den Handlungsspielraum, die Rechte und die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger höher schätzt als die Autorität und Ordnungsmacht des Staates. Gerade in dieser Hinsicht sind die USA im 20. Jahrhundert zum Vorbild für liberale und demokratische Reformer in allen Teilen der Welt geworden.

Trotz aller sozialen, ethnischen, religiösen und regionalen Diversität existiert eine amerikanische Nation und bildet die amerikanische Geschichte eine Einheit. Die Integration dieser Nation aus vielen Einwanderer- und Minderheitengruppen erfolgte weniger durch staatlichen Druck als über gemeinsame Prinzipien und Werte sowie mittels nichtstaatlicher Strukturen, zu denen an erster Stelle die anonymen Kräfte des kapitalistischen Marktes gehören. Besonders wichtig war und ist aber die Konstanz politischer Grundwerte, verkörpert in den Gründungsdokumenten *Declaration of Independence*, *Constitution* und *Bill of Rights*, oder abstrakt ausgedrückt im amerikanischen Konstitutionalismus. Im Laufe der Zeit haben sich diese Werte zwar verändert und an gewandelte Bedingungen angepaßt, aber sie sorgten doch durchgehend für eine im Kern liberale, individualistische, demokratisch-egalitäre und anti-etatistische Ausrichtung der amerikanischen Gesellschaft. Hinzu kam die Bereitschaft des einzelnen, sich mit Nachbarn und Gleichgesinnten zusammenzutun, um gemeinsame Interessen zu verteidigen, Gefahren abzuwenden oder bestimmte Ziele zu erreichen. Dieses „voluntaristische“ Element verhinderte, daß der Individualismus zur totalen Atomisierung der Zivilgesellschaft führte. Die ständige Spannung, die zwischen den politischen Idealen und der politischen Realität herrscht, erzeugte viel von der Dynamik, die das „amerikanische Experiment“ von Beginn an auszeichnete. Seit dem Zweiten Weltkrieg wirkt das „amerikanische Modell“ trotz seines sozialstaatlichen „Defizits“ offenkundig stark nach Europa zurück, und nach dem Untergang des Kommunismus strahlt es auch zunehmend auf die restliche Welt aus.

In Deutschland übte das Beispiel der USA übrigens schon auf die Revolutionäre von 1848/49, insbesondere auf deren radikalen Flügel, eine starke Anziehungskraft aus. Das Ideal, das nach der Revolution verfolgt wurde, war jedoch wieder der monarchische, bürokratisch organisierte, nationale Machtstaat. Die Entwicklung in England verlief anders, aber es dauerte doch bis ins 20. Jahrhundert, bevor sich das englische und das amerikanische Modell im Zeichen von Demokratie und *Anglo-Saxonism* wieder einander annäherten. Als gutes „ter-

tium comparationis“ könnte Kanada dienen, das die Trennung vom Mutterland nicht mitvollzogen hat, das aber viele Charakteristika mit den USA teilt. Hier bieten sich noch viele Gelegenheiten zu vergleichender Forschung, sowohl was die langfristigen Entwicklungslinien angeht, als auch diachron hinsichtlich der Frage, wie die drei Staaten jeweils auf ähnliche Probleme und Herausforderungen reagierten.

Michael Riekenberg

Gewaltmarkt, Staat und Kreolisation des Staates in der Provinz Buenos Aires, 1775–1850

1. Zur Fragestellung

Dieser Beitrag behandelt die Staatsbildung in der Provinz Buenos Aires im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Zutreffender ist allerdings, von zwei Staatsbildungen in diesem Zeitraum zu sprechen, der bourbonischen 1776 und der republikanischen nach 1810, wobei letztere wiederum verschiedene Teilformen mehr zentristischer oder eher provinzial-kleinstaatlicher Art besaß. Aus pragmatischen Gründen werden diese beiden Staatsbildungen hier nacheinander behandelt. Jedoch gilt das eigentliche Interesse den überdauernden Strukturproblemen, die sie miteinander verbanden.

Die Entwicklung des Staates kann von verschiedenen Seiten betrachtet werden, und je nachdem rücken einzelne Aspekte in den Blickpunkt und bleiben andere am Rand. Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Kreolisation des Staates. Den Begriff der Kreolisation hat der schwedische Kulturanthropologe Ulf Hannerz geprägt. Der Begriff der Kreolisation bezieht sich auf (in dieser Reihenfolge) Peripherie-Zentrum-Beziehungen und impliziert den der Globalisierung wie umgekehrt. Hannerz bezeichnet damit die Veränderungen, die die „Weltkultur“ erfährt, wenn von den Zentren ausgehende Entwicklungen in periphere Kulturprofile aufgenommen und diversifiziert werden¹. Jedoch reduziert sich die Bedeutung des Kreolisationsbegriffs nicht auf Akkulturationsvorgänge, die Verluste eingeschlossen, die globale Strukturen oder Prinzipien beim Transfer in regionale Kulturen erfahren können. Ebenso wenig läßt er sich im Sinn eines *challenge-re-*

¹ Vgl. Ulf Hannerz, *Cultural Complexity. Studies in the Social Organization of Meaning* (New York 1992) 39 f., 265 f., künftig zitiert: *Hannerz, Cultural Complexity; ders.*, „Kultur“ in einer vernetzten Welt. Zur Revision eines ethnologischen Begriffs, in: *Kulturen-Identitäten-Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie*, hrsg. von Wolfgang Kaschuba (Berlin 1995) 64–84. Zu „Globalisierungen“ des europäischen Staates vgl. Ali Kazangicil, *Paradigms of Modern State Formation in the Periphery*, in: *The State in Global Perspective*, hrsg. von Ali Kazangicil (Paris 1986) 119–142, 122 f. Zum „Import“ europäischer Staatsvorstellungen nach Lateinamerika vgl. u. a. Manfred Mols, *Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika*, in: *Zum Staatsverständnis der Gegenwart*, hrsg. von Manfred Hättich (München 1987) 185–220, 193 f.

sponse-Modells verstehen, wonach Kreolisationen als einfache Reaktionen auf Anstöße „von außen“ zu definieren wären. Und schließlich nimmt er auch keinen *time lag* an, wie es in der amerikanischen Kulturanthropologie heißt, also ein temporäres Zurückbleiben lokaler Entwicklungen gegenüber „Modernisierungen“ im „Zentrum“. Kreolisationen stellen vielmehr ein „creative interplay“² dar, in deren Verlauf durch dichte Interaktionen auf der Grundlage regionaler, aber nicht autonomer Ressourcen, durch die vorhandene Perspektivenvielfalt und durch die dadurch ausgelösten Diversifikationen immer neue, singuläre kulturelle Komplexe erzeugt werden. Nach diesem Muster soll der Begriff hier für das Thema des Staates nutzbar gemacht werden.

Nun besitzt der Begriff bei Hannerz eine sehr kulturalistische, ursprünglich linguistische Komponente, die für den La Plata-Raum jedoch zu modifizieren ist³. Für unseren Untersuchungszeitraum können Kreolisationen des Staates in Lateinamerika grob danach unterschieden werden, ob sie auf das Einwirken zwar lokaler, aber verhältnismäßig starker, ethnisch geschlossener Gemeinwesen (*comunidades*) auf den Staat zurückzuführen waren oder aber ob sie in erster Linie daher rührten, daß der Staat und die von ihm vertretenen Prinzipien in einer nur lose strukturierten, zerstreuten Gesellschaft keinen Rückhalt fanden. Beispiele für den ersten Fall gab es in den Zentren der spanischen Herrschaft in Amerika, wie in Mexiko, wo die Entwicklung des Staates in starkem Maße vom Konflikt zwischen den dörflich segmentären Gemeinwesen und dem Staat geprägt war⁴. Auch wurden Kreolisationen des Staates hier durch „große Traditionen“⁵ legitimiert: Innerhalb der kreolischen Elite in Mexiko oder auch in Peru bildete sich im späten 18. Jahrhundert eine Geisteshaltung aus, die die Erinnerung an die vorspanische Zivilisation der Azteken oder Inkas pflegte und die eine kognitive Abwehr europäischer Einflüsse vorbereiten konnte.

Im Vergleich dazu fiel das La Plata-Gebiet, von den Übergangszonen in die bolivianischen Anden mit ihren gegenüber dem atlantischen Tiefland abweichenden ethnischen Verhältnissen abgesehen, in die zweite Gruppe. Noch im späten 18. Jahrhundert war das heutige Argentinien ein in Spanisch-Amerika randständiges Gebiet, das kaum erschlossen und nur dünn besiedelt war. Vor allem fehlte es an Menschen für das Wachstum von Städten, die als kulturelle Entwicklungszentren

² Hannerz, *Cultural Complexity* 265.

³ Zur Bedeutung kultureller Faktoren für die Entwicklung Argentinien, allerdings mit starkem Gegenwartsbezug, vgl. *Carlos H. Waismann, Reversal of Development in Argentina: Postwar Counterrevolutionary Policies and their Structural Consequences* (Princeton 1987) 94–127.

⁴ Vgl. *John Gledhill, Legacies of Empire: Political Centralization and Class Formation in the Hispanic American World*, in: *State and Society. The Emergence and Development of Social Hierarchy and Political Centralization*, hrsg. von *John Gledhill, Barbara Bender* (Boston 1988) 302–319, 313 ff.; *Peter F. Guardino, Peasants, Politics, and the Formation of Mexico's National State: Guerrero 1800–1857* (Stanford 1996) 82 ff.

⁵ *Shmuel Noah Eisenstadt, Die Konstruktion nationaler Identitäten in vergleichender Perspektive*, in: *Nationale und kulturelle Identität*, hrsg. von *Bernhard Giesen* (Frankfurt a.M. 1991) 21–38, 23.

tren und als Mittelpunkt staatlicher Organisation hätten fungieren können. Die Stadt Buenos Aires zählte um 1750 nur 12 000 Einwohner, und im Innern der Provinz siedelten kaum mehr Menschen⁶. Der argentinische Historiker Tulio Halperin Donghi schrieb kürzlich, Argentinien habe vor dem Beginn der massiven Einwanderungen aus Europa, vor allem aus Italien und Spanien⁷, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eigentlich gar nicht existiert, „... als Land natürlich schon, aber nicht als Gesellschaft“. Und bei John Lynch heißt es über das heutige Argentinien um 1800, „...the structure of society was simple and its scale was small“⁸. Vor allem im Süden wurde der Charakter des Landes durch den Bestand von Frontierräumen geprägt, wobei es sich um nicht klar umrissene Übergangszonen zwischen spanisch-kreolischen und unabhängigen indianischen Bevölkerungen handelte. Die Frontiers stellten eigene sozio-kulturelle „Figurationen“ (Norbert Elias) dar, die im La Plata-Raum bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus Bestand hatten⁹.

Die Kernfrage, die sich stellt, ist, wie unter diesen Umständen die Durchsetzung staatlicher Herrschaft gelang. Dabei sind zwei gegenläufige Trends zu unterscheiden. Zum einen verlangte die Gesellschaft im La Plata-Gebiet aufgrund ihrer geringen Dichte und Differenzierung offenbar weniger Rücksichtnahme von Seiten der Politik. Auch aus diesem Grund war die politische Öffentlichkeit, die sich im späten 18. Jahrhundert in der Stadt Buenos Aires zu formieren begann, für Einflüsse aus Europa durchlässig. Teile der städtischen Eliten, wie die sog. Jakobiner, die nach der sog. Mairevolution 1810 in Buenos Aires zeitweilig politisch tonangebend waren¹⁰, orientierten sich in ihrer politischen Programmatik und ihren Gesell-

⁶ Vgl. *Ludgera Klemp*, Von der „Gran Aldea“ zur Metropole. Zur Entwicklung von Buenos Aires unter besonderer Berücksichtigung des Stadt-Land-Gegensatzes (Saarbrücken 1985) 45f.

⁷ Vgl. *José Luis Moreno*, *José Antonio Mateo*, El „redescubrimiento“ de la demografía histórica en la historia económica y social, in: Anuario IEHS 12 (1997) 35–55. Zur italienischen Einwanderung siehe *Fernando Devoto*, *Gianfausto Rosoli*, La inmigración italiana en la Argentina (Buenos Aires 1985); *Mario C. Nascimbene*, Los italianos y la integración nacional. Historia evolutiva de la colectividad italiana en la Argentina 1835–1965 (Buenos Aires 1988); zur spanischen *Cesar Yañez Gallardo*, Argentina como país de destino. La emigración española entre 1860–1930, in: Estudios Migratorios Latinoamericanos 13 (1989) 467–498.

⁸ *Tulio Halperin Donghi*, Die historische Erfahrung Argentinien im lateinamerikanischen Vergleich, in: Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen, hrsg. von *Detlef Nolte* und *Nikolaus Werz* (Frankfurt a.M. 1996) 18–28, 19; *John Lynch*, From independence to national organization, in: Argentina since Independence, hrsg. von *Leslie Bethell* (Cambridge 1993) 1–46, 12.

⁹ Vgl. als Überblick vor allem *Hebe Clementi*, La frontera en América: una clave interpretativa de la historia americana, 4 Bde. (Buenos Aires 1985/1989). Zum Konzept der Frontier vgl. u. a. *Gregory H. Nobles*, American Frontiers: Cultural Encounters and Continental Conquest (New York 1997).

¹⁰ Vgl. *Ricardo Zorraquín Becú*, Los grupos sociales en la revolución de Mayo, in: Historia 6 (1961) 40–63, 45ff.; *Noemí Goldman*, El discurso como objeto de la historia: el discurso político de Mariano Moreno (Buenos Aires 1989); *dies.*, Historia y Lenguaje. Los discursos de la Revolución de Mayo (Buenos Aires 1992); *Pilar González Bernaldo*, La Revolución Francesa y la emergencia de nuevas prácticas de la política: la irrupción de la sociabilidad

schaftsbildern gänzlich an europäischem, vor allem französischem Gedankengut. Gleichzeitig jedoch bestand im Landesinnern eine robuste, „vitale“ Gesellschaft¹¹, die auf den Staat wenig angewiesen schien. Diese leistete keinen direkten Widerstand gegen den Staat. Aber in ihr wurde der Staat als etwas Überflüssiges oder als Störenfried für eigene Interessen und Geschäfte betrachtet und aus Räumen der Gesellschaft wie aus ganzen Territorien fernzuhalten versucht. Mittel dazu konnten z. B. die selektive Versorgung des Staates mit Informationen, das Hinhalten oder auch Einschüchterungen des Staates sein: Ende 1806 z. B. erschien eine Gruppe indianischer Kaziken vor dem Stadtrat von Buenos Aires, die anbot, an der Seite der kreolischen Milizen die damals enorme Zahl von 20000 Kriegern aufzubieten, sollten die Engländer nochmals in das La Plata-Gebiet einfallen¹². Was hier vordergründig als Hilfsangebot auftrat, stellte tatsächlich eine verdeckte Drohung dar.

Nun sind Begrenzungen des Staates durch die Gesellschaft üblich¹³. In der Provinz Buenos Aires finden wir im späten 18. Jahrhundert jedoch besondere strukturelle Gegebenheiten vor, insbesondere die demographischen Verhältnisse und den Bestand der Frontiers, die den Staat in seinen Entwicklungschancen von vornherein benachteiligten. Auch besaß der Staat in dem kurzen Zeitraum, der zwischen der Gründung des Vizekönigreichs La Plata 1776 und der Staatskrise in der Unabhängigkeitsbewegung um 1810 lag, nicht die Möglichkeit zur vollen Entfaltung. Damit waren jedoch die Kräfte bei der Entwicklung des Staates anders verteilt. Die Staatsbildung in der Provinz Buenos Aires läßt sich deshalb nur bedingt in der Weise beschreiben, daß der Staat sich von einem inneren Zentrum (hier: der Stadt Buenos Aires und der dortigen Konzentration staatlicher Organisationsleistungen) ausgehend immer mehr „nach außen“ entwickelt hätte, etwa indem er soziale oder ethnische Kräfte ihrer Machtressourcen beraubt und peripheren Gebieten ihre Autonomie und Identität genommen hätte. Vielmehr gab es, was im übrigen ja auch seit langem bekannt ist, auch umgekehrte Prozesse. Im Kern handelte es sich dabei um Überwindungen des Staates „von außen“, wodurch der Staat bzw. die „state political culture“ entkräftet und mit Elementen einer vorstaatlichen „nonetatist political culture“ aufgefüllt wurden¹⁴. In einer

política en el Río de la Plata revolucionaria, 1810–1815, in: Boletín del Instituto de Historia Argentina y Americana 3 (1991) 7–27; Imágen y recepción de la Revolución Francesa en la Argentina, hrsg. von Gregorio Weinberg (Buenos Aires 1990).

¹¹ Vgl. Peter Waldmann, Argentinien, in: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 3 (Stuttgart 1996) 889–972, 951.

¹² Vgl. Acuerdos del extinguido cabildo de Buenos Aires. Série IV, Bd. 2 (Buenos Aires 1926) 277 ff., zitiert nach Raúl J. Mandrini, Las fronteras y la sociedad indígena en el ámbito pampeano, in: Anuario IEHS 12 (1997) 23–34, 23, künftig zitiert: Mandrini, Las fronteras. Eine erste englische sog. Invasion fand im Juni 1806 statt, eine zweite 1807. Sie trugen erheblich dazu bei, den politischen status quo im La Plata-Gebiet zu verändern.

¹³ Vgl. Marcello Carmagnani, Estado y sociedad en América Latina, 1850–1930 (Barcelona 1984) 68 ff.; Fernando Escalante Gonzalbo, Die bürgerliche Gesellschaft und die Grenzen des Handlungsspielraumes des Staates, in: Der Staat in Lateinamerika, hrsg. von Manfred Mols, Josef Thesing (Mainz 1995) 211–227.

¹⁴ Peter Skalnik, Outwitting the State. An Introduction, in: Outwitting the State, hrsg. von

günstigen historischen Konjunktur, der Unabhängigkeitskrise im frühen 19. Jahrhundert, sollte diese Überwindung des Staates „von außen“ schließlich eine größere Kraft als die vom Staat angestrebte Entmachtung gesellschaftlicher Gruppen entfalten und zur Kreolisierung des Staates führen. Bevor ich dazu komme, befasse ich mich aber zunächst mit den Strukturkonflikten bei der Entwicklung des Staates im späten 18. Jahrhundert.

2. Gewaltmarkt und Staat in der ausgehenden Kolonialzeit

Vor der Gründung des Vizekönigreichs im Jahr 1776, als in Buenos Aires ein von Spanien aus dirigierter Verwaltungsstaat ins Leben gerufen wurde, kann man nur eingeschränkt von der Existenz eines Staates im La Plata-Gebiet sprechen, sofern darunter ein Ensemble politischer Institutionen verstanden wird, die über ein klar abgegrenztes Gebiet die Herrschaftsbefugnisse verwalten. Noch Ende der 1760er Jahre gab es nur eine Handvoll Beamte in der Stadt Buenos Aires. Kirche und Klerus waren im südlichen La Plata-Gebiet wenig wirkungsvolle Instrumente bei der Durchdringung der Region durch die Spanier. In den Frontierräumen überwog bis ins späte 18. Jahrhundert der Zwang zur Selbsthilfe. Die Institutionenbildungen in der Zeit der bourbonischen Reformen hatten auf lokaler Ebene häufig private Schutzgemeinschaften zur Grundlage¹⁵.

Mit der Gründung des Vizekönigreichs 1776 wurden die Verwaltung reformiert und aufgestockt und Explorationen mit dem Ziel der Gewinnung systematischer Kenntnisse des Landesinnern gefördert. Wirtschaftliche Überlegungen spielten eine wichtige Rolle, vor allem die Absicht, „... to provide a more rational and efficient outlet of goods [aus dem Andenraum; M.R.] to the southern Atlantic“¹⁶. Überlagert wurden diese ökonomischen Erwägungen jedoch vom Gewaltproblem. Angesichts der außenpolitischen Konstellation, wegen der seit etwa 1740 zunehmenden Konfliktlastigkeit der Frontier im südlichen La-Plata-Gebiet sowie schließlich aufgrund der Defizite, die im Landesinnern im Bereich der Sozialkontrolle und Sozialdisziplinierung bestanden, stand die Gewaltfrage im Zentrum der Staatsbildung in der Region. 1778 entsandte die spanische Regierung ein größeres Truppenkontingent nach Buenos Aires, um die Portugiesen am Nordufer des La Plata zu bekämpfen. Damit erlangte der Staat erstmals ein größeres Gewicht in der Region. Er geriet zu einer Machtzusammenballung, und es setzte zugleich ein starker Einfluß militärischer Eliten auf den Staat ein, der trotz aller Veränderun-

Peter Skalnik (Political Anthropology Bd. 7, New Brunswick 1989) 1–21, 13, 18, künftig zitiert: *Skalnik*, *Outwitting*.

¹⁵ Vgl. z. B. *Enriqueta A. Moliné de Berardoni*, *Historia de Marcos Paz. Desde sus orígenes hasta la creación del Partido, 1636–1880* (La Plata 1978) 19 ff.

¹⁶ *Mark D. Szuchman*, *From Imperial Hinterland to Growth Pole: Revolution, Change, and Restoration in the Río de la Plata*, in: *Revolution and Restoration: The Rearrangement of Power in Argentina, 1776–1860*, hrsg. von *Mark D. Szuchman, Jonathan C. Brown* (Lincoln and London, Nebr. 1995) 1–26, 4, künftig zitiert: *Revolution and Restoration*.

gen, die sich in der Zusammensetzung oder bei der politischen Rolle des Militärs zwischen 1778 und der Mitte des 19. Jahrhunderts vollzogen, in der Folgezeit nicht mehr rückgängig gemacht werden sollte¹⁷.

Ein vorrangiges Ziel der vizeköniglichen Regierung in Buenos Aires bestand nach 1776 darin, die Verteidigungskraft in der Region zu erhöhen, die von den Indios bedrohten Handelswege in den Andenraum zu sichern und den Einfluß des Staates auf die Ausübung kollektiver physischer Gewalt zu vergrößern. Der Staat sah sich dabei jedoch mit Gewaltmärkten, die in den Frontiterräumen bestanden, konfrontiert. Nach Georg Elwert entstehen Gewaltmärkte beim Zusammentreffen der Warenökonomie mit gewaltoffenen Räumen, in denen es keine festen, staatlichen Begrenzungen des Gewaltgebrauchs gibt¹⁸. Gewaltmärkte werden durch das „ökonomische Motiv des materiellen Profits“ bestimmt, wobei es zu unterschiedlichen Mischungen und Übergängen zwischen dem marktvermittelten Warentausch einerseits und räuberischen oder anderen gewalttätigen Formen des Gütererwerbs andererseits kommt. Kennzeichen des Gewaltmarktes ist, daß der Warentausch in hohem Maße durch die physische Gewalttat reguliert wird und/oder daß die Gewalthandlungen selbst unmittelbar kommerzialisiert sind. Die wirtschaftliche Bedeutung der Ware Gewalt schließt dabei andere Erzeugnisse vom Markt aus. Gewaltmärkte müssen, sollen sie funktionieren, „lukrativ“ sein. Sie fallen durch die Erschöpfung ihrer inneren Ressourcen oder durch die Monopolisierung der Gewalt zusammen.

Das Konzept des Gewaltmarktes betont wie andere ökonomisch orientierte Ansätze auch den rationalen Charakter der physischen Gewalttat: „Economic theory puts violence into the context of rational political behavior.“¹⁹ Dies ist ein wesentlicher Grund, warum das Gewaltmarktkonzept ein anderes Verständnis der Frontier in Lateinamerika, die lange Zeit als ein strukturenloser, anarchischer und ungehemmt gewaltbesetzter Raum verstanden worden ist, eröffnet. Nun ist, um Mißverständnisse zu vermeiden, nicht gemeint, daß alle Frontiers in Lateinamerika zu jeder Zeit Gewaltmärkte dargestellt hätten. Das war nicht der Fall. Aber für den Zeitraum um 1800 können die Frontiterräume im Süden der Provinz Buenos Aires als eine rudimentäre Variante des Gewaltmarktes definiert werden. Die im 18. Jahrhundert aufgrund des Viehhandels und des Schmuggels zunehmende Attraktivität der Frontier für Indiogruppen aus dem Süden bzw. aus Chile, die Migrationen, die dadurch ausgelöst wurden und eine verstärkte Rivalität um Ressourcen anstießen, sowie schließlich das Fehlen eines Staates, der den seit 1740 in

¹⁷ Vgl. *Lyman L. Johnson*, *The Military as Catalyst of Change in Late Colonial Buenos Aires*, in: *Revolution and Restoration: The Rearrangement of Power in Argentina, 1776–1860*, hrsg. von *Mark D. Szuchman, Jonathan C. Brown* (Lincoln and London, Nebr. 1995) 27–53; *Juan Beverina*, *El virreinato de las provincias del Río de la Plata, su organización militar* (Buenos Aires 1935).

¹⁸ Vgl. zum Folgenden *Georg Elwert*, *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: *Soziologie der Gewalt*, hrsg. von *Trutz von Trotha* (KZfSS Sonderheft 37, Opladen 1997) 86–101, künftig zitiert: *Elwert*, *Gewaltmärkte*.

¹⁹ *Wilber A. Chaffee*, *The Economics of Violence in Latin America. A Theory of Political Competition* (Westport, Conn. 1992) 141.

der Frontier einsetzenden Anstieg der Gewaltkurve hätte abbremsen und umkehren können: Diese Faktoren dürften in erster Linie für den Ausbau der Frontier zum Gewaltmarkt verantwortlich gewesen sein. Dabei lassen sich im Rückgriff auf die Unterscheidungen, die Elwert trifft, ein interner Markt, der sich um den „attack trade“ (Salzhandel) und den Raub (vor allem Viehdiebstahl und andere Überfälle, aber auch Lösegelderpressungen²⁰) rankte, sowie ein externer Markt, in dem mit Hilfe indianischer Gruppen, wie der aus Chile in die La Plata-Region vordringenden Araukaner (Mapuches), der Gütertransfer und Schmuggel von der Atlantikküste nach Chile abgewickelt wurde, voneinander trennen. Insofern prägen die Figuration Frontier/Gewaltmarkt dichte (in heutiger Terminologie) interkulturelle Netze, und die neuere Forschung beschäftigt sich primär damit. Darüber droht jedoch in Vergessenheit zu geraten, daß der Gewaltmarkt gleichzeitig eine ständige Unsicherheit barg, die in der potentiellen Bereitschaft des jeweils Stärkeren zur unkontrollierbaren, zerstörerischen physischen Gewalttat begründet war.

Aus dem Strukturkonflikt zwischen Staat und Gewaltmarkt erklärt sich das große Gewicht, das der Monopolisierungsvorgang der Gewalt für die bourbonische Staatsbildung im La Plata-Gebiet besaß. In diesem Sinn stand am Anfang der (neueren) Staatsbildung das Exterminierungskonzept: Im Jahr 1777 schlug der Vizekönig Pedro de Cevallos vor, die „barbarischen“ Indios im Süden in gezielten Kriegszügen auszurotten²¹. Zwar hatte es schon seit 1500 in Amerika gelegentlich kriegerische Vernichtungen indianischer Gruppen durch die Spanier wie umgekehrt gegeben. Nunmehr jedoch entstand in der Phase der bourbonischen Reformen ein Projekt zur gezielten, staatlich organisierten und militärisch durchgeführten Vernichtung von Indiobevölkerungen. Das Exterminierungskonzept war innerhalb einer in Spanien wie in Spanisch-Amerika utilitaristisch gewendeten Aufklärung²² angesiedelt und wurde aus der Absicht zum Ausbau des Staates entwickelt. Insofern stellte es ein Modernisierungsphänomen dar. Obwohl es die in der Frontier vorhandenen Emotionen aufgriff, waren seine Vertreter in erster Linie Repräsentanten des europäischen Typus von Staatsverständnis. Dazu zählten die Spitzen der bourbonischen Verwaltung, später die liberalen politischen

²⁰ Vgl. *Susan M. Socolow*, Spanish Captives in Indian Societies. Cultural Contact along the Argentine Frontier, 1600–1835, in: HAHR 72 (1992) 73–99; *Carlos A. Mayo*, *Amalie Latrubesse*, Terratenientes, soldados y cautivos: La frontera 1736–1815 (La Plata 1993) 77 ff.; *Raúl J. Mandrini*, Indios y fronteras en el area pampeana, siglos XVI–XIX, in: Anuario IEHS 7 (1992) 59–73, 60f.

²¹ Vgl. *Juan J. Biedma*, Crónicas militares. Antecedentes históricos sobre la campaña contra los indios, Bd. 1 (Buenos Aires 1924) 127. Auf das Exterminierungsproblem in der Bourbonenzeit hat scheinbar als erster *Juan J. Cabodi* Anfang der 1950er Jahre hingewiesen. Vgl. *Mayo*, *Latrubesse*, Terratenientes 23. Zum zeitgleichen Aufkommen des Exterminierungskonzepts in der Frontier im Norden Mexikos vgl. *Silvio Zavala*, Las instituciones jurídicas en la conquista de América (México 1971) 457 f.; *Beatriz Vitar*, Las fronteras bárbaras en los virreinos de Nueva España y Perú, in: Revista de Indias 203 (1995) 33–66, 50.

²² Vgl. *José Carlos Chiaramonte*, La crítica ilustrada de la realidad. Economía y sociedad en el pensamiento argentino e iberoamericano del siglo XVIII (Buenos Aires 1982).